Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1924

501 (19.11.1924) Abendausgabe

Visual Library

Mittwoch, 19. November 1924. Abendausgabe 121. Jahrgang Nr. 501.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Bezugspreis: halbmonatlich 1.30 Goldmark frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt 1.20 Goldmark. Einzelverkaufspreis: Werktags 10 Goldpfennig, Sonntags 15 Goldpfennig. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Goldmark ausschließlich Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsletzten angenommen.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Fritz Ehrhard; für den Nachrichtenteil: Hans Voß; für Wirtschaft, Stadt u. Baden: Heinr. Gerhardt; für Feuilleton: H. Weick, für „Pyramide": Karl Joho; für Inserate: H. Schriever; sämtl. in Karlsruhe. Druck u. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Jügler, Berlin-Steglitz, Sedanstr. 17. Telephon: Amt Steglitz 1119. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11–12 Uhr.

Illustrierte Beilage / Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber f. Landwirtschaft u. Tierzucht

Deutschtum in Not!

Notgemeinschaft aller deutschen Parteien in der Tschecho-Slovakei.

Gegen tschechische Willkür!

w. **Prag**, 19. Nov. Das Abgeordnetenhaus trat heute in die Beratung des Staatshaushaltsvoranschlages für 1925 ein.

In der Generaldebatte ergriff

Abg. Czech (Deutsch-Sozialdemokr. Partei)

das Wort und sagte unter anderem: Vier Jahre lang haben sich die Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei mit übermenschlicher Geduld auf diesem unfruchtbaren Boden abgemüht in der Hoffnung, daß ihre Arbeit und ihre wiederholten Mahnungen wenigstens bei den Einsichtsvolleren unter Ihnen das Gewissen wecken werde, daß Sie unseren Argumenten Rechnung tragen und wenigstens die gröbsten Ausschreitungen unterlassen und die Bedrückung mildern werden; Sie haben uns aber immer wieder schmerzvolle Enttäuschungen bereitet, und gerade jetzt, da das Land unter den Folgen der von Ihnen herbeigeführten wirtschaftlichen Krise leidet, haben Sie alle Methoden der Unterdrückung gesteigert. Tausende von Staatsbediensteten wollen Sie brotlos machen, die Bodenreform wird zu einer gewaltsamen Nationalisierung mißbraucht, eine neue Drosselung des deutschen Schulwesens ist im Anzug, die Knebelung der Presse- und Versammlungsfreiheit härter denn je. Immer unverhüllter kommen die nationalistischen Machtgedanken zum Ausdruck. Nach dem sechsjährigen Bestand dieses Staates gibt es noch Gebiete, die hier im Hause nicht vertreten sind. Es läge daher sehr nahe, der Gewalt, die Sie anwenden, Gewalt entgegenzusetzen, aber Sie hätten dann nur einen billigen Vorwand, den Staatsangestellten und Pensionären zu verweigern, was ihnen zu geben Sie sich endlich entschlossen haben. Darum betreten wir einen anderen Weg. Wir lassen Sie bei der Beratung und Abstimmung des Budgets allein, um Ihnen zu zeigen, daß Sie nicht parlamentarisch und auch nicht demokratisch regieren. Die Abstimmungsmaschine, die wir in diesem Hause zurücklassen, wird niemand als eine Volksvertretung betrachten können.

Hierauf ergriff der

Abg. Erschepal (Bund deutscher Landwirte)

das Wort. Er sagte u. a.: Die Kontrolle der Verwaltung ist in diesem Hause längst wertlos gemacht worden. Es ist zu befürchten, daß die Staatsverwaltung in unrettbare Verwirrung gerät. Unter diesen Umständen wächst die Not der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels. Eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung müßte bei einer solchen Lage alles tun, um die Opposition zur sachlichen Mitarbeit heranzuziehen. Der den deutschen Anwärtern vorenthaltene deutsche Boden wird zu Zwecken der Tschechisierung verwandt. Den deutschen Landwirten wird der deutsche Heimatboden genommen, und das schlägt unserer Geduld den Boden aus. Wir wollen nicht wieder die Rolle von Statisten übernehmen, wir wollen das Märchen von der konsolidierten Tschecho-Slowakei vor der ganzen Oeffentlichkeit zerstören. In diesem Sinne haben mich in der deutschen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft die vereinigten Parteien als ihren derzeitigen Obmann beauftragt, zu erklären, daß wir uns an einer weiteren Verhandlung des Staatshaushaltsvoranschlages nicht beteiligen. (Beifall.)

Abg. Lodgeman (Deutschnationale Partei):

Ich schließe mich allen Verwahrungen und Einsprüchen, welche von deutscher Seite vorgebracht wurden, an. Eine weitere Beteiligung an diesen Arbeiten wäre eine überflüssige Zeitvergeudung. Wir sind uns klar, daß die Minderheitsvölker, vor allem das Sudetendeutschtum dauernd unter Druck gehalten werden sollen. Eine Umwandlung des tschecho-slowakischen Staates in einen Nationalstaat wäre eine Verleugnung der nach dem Kriege übernommenen Verpflichtungen, an der Niederhaltung und Bedrohung des Deutschen Reiches nicht mitzuarbeiten. Die Angst vor einem Wiederaufstieg Deutschlands setzt alle staatlichen Machtmittel in Bewegung. Wir hoffen keineswegs auf eine Aenderung unserer Lage in diesem Staat, in den man uns mit Gewalt hineinzwingen konnte und in dem man uns die freie Meinungsäußerung verbieten kann. Man kann uns wirtschaftlich erdrosseln und zum Heeresdienst nötigen, aber man kann in uns nicht das Bewußtsein ertöten, daß wir als ein Teil des deutschen Volkes Pflichten zu erfüllen haben, nach denen wir in Schicksalsstunden handeln werden. Diese Pflichten gipfeln in dem Glauben an die Zukunft Alldeutschlands, dessen Erstehen eine Voraussetzung für eine gerechte Ordnung der europäischen Verhältnisse ist. Wir waren vor diesem Staat hier und werden nach ihm hier sein. (Beifall.)

Der deutschnationale Sozialist Juna

sagte: Die Regierungsmänner haben keine einzige Zusage gehalten. Kein Männerwort war heilig genug, um nicht gebrochen zu werden. Das muß auch dem letzten unserer Volksgenossen zum Bewußtsein gebracht werden, daß es auf dem bisherigen Wege des Hoffens nicht weitergehen kann.

Einig in der Abwehr.

w. **Prag**, 19. Nov. Der Führer der deutschen Landwirte in der Tschecho-Slowakei, Krzepek, gab dem Vertreter des W.T.B. folgende Erklärungen über die neue Konzentration sämtlicher deutschen parlamentarischen Parteien ab: Zum erstenmal seit Bestehen des tschechischen Parlamentes schließen sich sämtliche deutschen Parteien zu einem einheitlichen Vorgehen zusammen. Aus den ersten verfassungsmäßigen Wahlen waren sechs deutsche politische Parteien hervorgegangen. Sogleich bei dem Eintritt in das neue Parlament ergaben sich große Schwierigkeiten, sämtliche deutsche Parteien zu vereinigen. Die Hauptschwierigkeit lag in dem Gegensatz zwischen den deutschen Bürgerlichen und den deutschen Sozialdemokraten-Gruppen. Nach vielen Bemühungen gelang es, wenigstens die bürgerlichen Parteien zu einem deutschen, parlamentarischen Verband zusammenzuschließen. Die größte deutsche Partei, die Sozialdemokraten, gingen ihre eigenen Wege. Aber auch der deutsche parlamentarische Verband der bürgerlichen Parteien wurde gesprengt, weil der eine Flügel unter Führung der Deutschnationalen Partei einer irredentistischen Politik zuneigte. Als Zusammenschluß blieb nur noch die deutsche Arbeitsgemeinschaft übrig, die aus dem Bund der Landwirte, der deutschen Christlich-Sozialen, der Deutschdemokraten und der nachträglichen Deutschen Gewerbepartei entstand.

Das in der letzten Zeit von der tschechischen Koalitionsregierung äußerst rücksichtslos geübte Vorgehen gegen die Gesamtheit des deutschen Volkes auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Politik und des nationalen Lebens hat jedoch das deutsche Volk in allen seinen Schichten, die Arbeiterschaft nicht ausgenommen, in einer Weise aufgebracht, daß sich in der Bevölkerung selbst spontan die Forderung ergab, alle politischen Parteien ohne Unterschied möchten sich zur gemeinsamen Abwehr vereinigen. Nach hierüber eingeleiteten Verhandlungen ist es

endlich nach fünf Jahren gelungen, alle deutschen politischen Parteien in der tschechischen Republik zu einem Schritt der gemeinsamen Abwehr zusammenzuschließen.

Auch die große Sozialdemokratische Partei erklärte sich zu einem solidarischen Vorgehen bereit. Es wurde beschlossen, gegen das Budget Stellung zu nehmen und mit Rücksicht auf die bisher praktizierten unerhörten Drangsalierungen des deutschen Volkes und mit Rücksicht darauf, daß die tschechischen Machthaber unter Verleugnung jeder Demokratie die Rechte des deutschen Volkes auf allen Gebieten verkürzten, vor der Oeffentlichkeit der ganzen zivilisierten Welt zu demonstrieren, daß das deutsche Volk im Abwehrkampf gegen dieses unwürdige Verhältnis einig sei. Die deutschen Abgeordneten aller Parteien lehnen jede Mitarbeit an den Beratungen ab und werden während der ganzen Zeit der Budgetdebatte den Sitzungen fernbleiben. Die Gruppen der Magyaren hat sich den deutschen Parteien vorbehaltslos angeschlossen. Mit der oppositionellen tschechischen Gruppe wird noch verhandelt. Die Kommunisten gaben eine Erklärung noch nicht ab.

*

w. **Prag**, 19. Nov. Die tschechisch-klerikale Volkspartei beschloß ebenso wie die deutsche Opposition, zum Zeichen des Protestes den Budgetberatungen des Parlaments fernzubleiben.

Pershing amerikanischer Staatssekretär des Kriegsministeriums?

E. **Washington**, 18. Nov. (Eig. Drahtb.) Es verlautet, daß General Pershing dem Präsidenten Coolidge für den Posten des Staatssekretärs des Kriegsministeriums empfohlen worden sei, im Falle der bisherige Staatssekretär Weaks sich zurückziehe. Pershing soll erklärt haben, daß er den für ihn in Aussicht genommenen Posten annehme.

Der Kampf um die Reparationsabgabe.

Die englische Auffassung.

w. **London**, 19. Nov. Die „Times" erklärt, die Verhandlungen über die Handelsverträge zwischen Großbritannien und Deutschland, sowie zwischen Frankreich und Deutschland würden durch die deutsche Forderung auf Abschaffung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe nicht leichter gemacht werden. Sowohl die britische als auch die französische Regierung würden durch die gewohnten diplomatischen Kanäle benachrichtigt, daß, wenn diese Abgabe nicht beseitigt wird, die Handelsverträge keine Aussicht hätten, vom Reichstage ratifiziert zu werden. Die britische und die französische Regierung ständen in enger Fühlungnahme miteinander in dieser Frage. Es sei höchst unwahrscheinlich, daß die britische Regierung ihr Recht auf die 26prozentige Abgabe aufgeben werde. Es hätten einige Meinungsverschiedenheiten zwischen Gilbert und dem britischen Vertreter im Transferausschuß bestanden. Der britische Standpunkt sei gewesen, daß die aus der Erhebung der Abgabe eingehenden Summen künftig Gilbert übergeben werden sollen, dessen Aufgabe es sein würde, sie der deutschen Regierung gutzuschreiben. Gilbert habe, unterstützt von den übrigen Mitgliedern des Ausschusses die Ansicht vertreten, daß die 26prozentige Abgabe, da sie in Pfund Sterling außerhalb Deutschlands gezahlt werde, ein maskierter Transfer von deutscher Mark nach dem Auslande sei und aus diesem Grunde vollkommen unter der Kontrolle des Generalagenten, der die Entscheidung dieses Ausschusses durchführe, stehen müßte. Das Ergebnis dieser Entscheidung werde sein, daß die Zahlungen an die deutschen Exporteure jetzt in den Wirkungskreis des Generalagenten einbezogen würden.

Um die Räumung der Kölner Zone.

t. **Paris**, 19. Nov. Herriot beabsichtigt nach einer Meldung des „Oeuvre" eine Konferenz zur Prüfung der Frage der zivilen und militärischen Besetzung der Rheinlande abzuhalten. Zu dieser Konferenz sollen folgende Persönlichkeiten hinzugezogen werden: Kriegsminister Nollet, General Guillaumant, Oberkommissar Tirard und der Abgeordnete Lamoureux.

*

t. **London**, 19. Nov. In der Frage der Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Kölner Gebiet schreibt „Evening Standard": Es werden in Berlin bestimmte Vermutungen angestellt, ob die englischen Truppen durch französische ersetzt werden sollen. Es muß betont werden, daß diese Frage nicht nur die englischen Truppen, sondern die gesamten alliierten Truppen betrifft. Sie wird daher durch die Alliierten gemeinsam entschieden werden. Alles hänge von der Erfüllung des Friedensvertrags in militärischer Hinsicht ab. Soweit Reparationen in Frage kommen, habe Deutschland den Dawesbericht angenommen, aber der zweite Teil seiner Verpflichtungen betreffe die militärische Frage. In dieser Beziehung könne man kein Urteil abgeben. Das Ende der Kontrolle werde Mitte Dezember erwartet. Es scheine unter diesen Umständen höchst unwahrscheinlich, daß die englischen Truppen schon am 10. Januar oder einem kurz darauf folgenden Datum zurückgezogen würden.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Herald" schreibt, wie angenommen werde sei man in der Downing Street der Meinung, daß die Kölner Zone am 10. Januar geräumt werden müsse. Der Quai d'Orsay aber neige der Ansicht zu, daß die Besetzungsperiode erst begann, als Deutschland anfing, den Vertrag zu erfüllen, also mit dem letzten Sommer. Diese Frage werde in wenigen Wochen entschieden werden müssen. Die Vernunft sage, daß die britische Auslegung das allgemeine Werk der Befriedigung fördere, die französische dagegen es behindere.

General de Metz.

Zur Abberufung des Kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee, des Generals Degoutte, schrieb kürzlich der bekannte englische Publizist Garvin in seiner Wochenschrift Observer, daß der Abgang des französischen Generals von der Bevölkerung wahrscheinlich bedauert werde, soweit man überhaupt davon sprechen könne, daß ein Angehöriger der Besatzungsmächte bei der Bevölkerung populär sei. Die Vorteile Degouttes würden aber jedenfalls stark in Erscheinung treten, wenn man seine Tätigkeit mit der Tätigkeit anderer französischer Vertreter der Besatzungsmächte im Rheinland, besonders in der Pfalz vergleiche. Diese Bemerkung ist, darüber kann kein Zweifel bestehen, auf den französischen Provinzdelegierten für die Pfalz, den General de Metz, gemünzt, der nunmehr zusammen mit dem Oberdelegierten für das besetzte Rheinhessen, dem General Denvignes abberufen worden ist. Die Begründung, die das offiziöse Organ des französischen Oberkommissars in Koblenz Tirard, für die Abberufung gibt, „die beiden Oberdelegierten würden in Bälde auf ihren Wunsch vom Kriegsminister mit einem militärischen Amt bekleidet werden, und der Wechsel in den französischen Provinzdelegationen von Speyer und Mainz sei die Folge einer generellen Anordnung, die sich auf die aktiven Offiziere im Generalsrang beziehe, die bisher vom Kriegsminister dem französischen Oberkommissariat zur Verfügung gestellt waren", kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei der Abberufung des Generals de Metz um ein politisches Ereignis ersten Ranges handelt, das auf dem Hintergrund der großen Politik und vor allem der durch das Londoner Abkommen angebahnten Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich gewertet werden muß. Denn General de Metz war der hervorragendste Exponent der französischen annexionistischen Rheinlandpolitik, die unter der Aera Poincaré ihre stärkste Auswirkung im besetzten Gebiet fand. Sein Name ist unzertrennlich mit dem auf die Loslösung des linken Rheinufers und damit auf die Zertrümmerung der deutschen Reichseinheit gerichteten politischen Systeme verknüpft.

General Gerard, der Befehlshaber des VIII. französischen Armeekorps, das die Pfalz besetzte, und der Kommandierende General des X. französischen Armeekorps, General Mangin, jener in Landau, dieser in Mainz, leiteten zu der neuen Aera der französischen Rheinlandpolitik über. Sie glaubten sich berufen, die historische Rheinlandpolitik Frankreichs verwirklichen und durch Schaffung einer pfälzischen und rheinischen Republik außerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches die in Versailles tagende Friedenskonferenz vor vollendete Tatsache stellen zu können. Damit wollten sie den Widerstand der angelsächsischen Nationen gegen eine dauernde Festsetzung Frankreichs am Rhein brechen. Wie Clemenceau versucht hatte durch eine gefälschte Ergebenheitsadresse von 100 000 Saareinwohnern den Wunsch des Saargebietes vorzutäuschen, zu Frankreich zu kommen, so wollen die Generäle Gerard und Mangin den englischen und amerikanischen Friedensdelegierten suggerieren, die Bevölkerung des besetzten Gebietes habe keinen sehnlicheren Wunsch, als von dem „Kadaver" Deutschland loszukommen, und ihr zukünftiges Geschick in einer „autonomen" unter der Vorherrschaft Frankreichs stehenden pfälzischen und rheinischen Republik mit Frankreich zu verknüpfen. Die Namen Dr. Haas-Landau und Dr. Dorten-Wiesbaden, die Kreaturen Gerards und Mangins, waren die Träger dieser ersten französischen Separatistenbewegung in der Pfalz und im Rheinland.

In dieser politischen Atmosphäre begann de Metz, der Anfang Dezember 1918 im Rang eines Obersten mit den ersten Besatzungstruppen nach Speyer gekommen war, als Provinzkontrolleur der deutschen Verwaltung seine Laufbahn in der Pfalz. Es muß General de Metz zugestanden werden, daß er in der Zeit der sogen. Freien Pfalzbewegung des Dr. Haas seine bei der ersten Aussprache mit dem damaligen Regierungspräsidenten der Pfalz Dr. von Winterstein gegebene Zusicherung, er werde sich nicht um die Politik kümmern, und nur die verfassungsmäßigen deutschen Obrigkeiten anerkennen, eingehalten hat. Trotzdem er damals als Chef der französischen Division[illegible] in der Pfalz der Unterordnung des Generals Gerard war, hat er dessen Separatistenpolitik nicht mitgemacht, diese sogar durchkreuzt und loyal mit den deutschen Behörden zusammengearbeitet. Heute weiß man, daß General de Metz, der Royalist und Klerikale, gegen den Freigeist und Linksrepublikaner Gerard aus persönlichen Gründen kämpfte, weil er das Ziel, das sich Gerard und Mangin im Rheinland gesteckt hatten, selbst erreichen wollte. Er blieb im Kampf Sieger gegen Gerard, der nach Scheitern seiner Politik ebenso wie Mangin abberufen wurde. Nach Inkrafttreten des Friedensver-

trages, der die Militärverwaltung im besetzten Gebiet durch eine Zivilverwaltung ersetzte, wurde de Metz Provinzdelegierter für die Pfalz. In dieser moralischen und besatzungsrechtlich fest konsoldierten Stellung hat er sofort versucht, der von ihm schon unter dem Regime Gerards propagierten sog. „legalen Lösung" eine konstruktive Grundlage zu geben. Im Gegensatz zu Gerard — und darin unterscheidet er sich von ihm in den Methoden, nicht im Endziel — wollte er, klüger als Gerard, die historische Rheinlandpolitik nicht durch gekaufte Kreaturen mit Gewalt, sondern durch die berufene Vertretung der pfälzischen Bevölkerung, den Kreistag und die „Notablen" verwirklichen. Ihm schwebte zunächst die Lösung der Pfalzfrage im französischen Sinne durch eine Rekonstruktion des napoleonischen Rheinbundes, durch Aufreißung der Mainlinie und durch Schaffung eines mit Frankreich verbündeten großen katholischen süddeutschen, von den Wittelsbacher regierten Staatengebildes unter Anschluß von Baden und Württemberg vor. In diesem Sinne verhandelte General de Metz mit den Unterhändlern der sog. Bayerischen Königspartei, eines Grafen Bethmer, eines Barons Müller und eines Mayer-Koy. Aus dem scharfen, damals zwischen München und Berlin in der Frage der Auflösung der Einwohnerwehren bestehenden Gegensatz suchte General de Metz seinen politischen Honig zu saugen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der sog. Bayerischen Königspartei änderte er die Methode insofern, als er auf die Pfalzpolitik zurückgriff, um durch eine vorübergehende Lösung der Pfalz von Bayern dieses für seine süddeutsche Politik geneigt zu machen und zur Aufrichtung des unter französischem Einfluß stehenden großen süddeutschen Staates zu zwingen, dem er die Pfalz wieder als Morgengabe zurückgeben wollte. Jetzt beginnt das gegenseitige Ausspielen der politischen Parteien der Pfalz im politischen Spiel des Generals de Metz, der nacheinander den bürgerlichen Parteien, dann der sozialdemokratischen Partei die Uebernahme der pfälzischen Regierung antrug.

Zum Ausgangspunkt nahm er die ständigen Ultimaten der Entente an Deutschland in der Reparationsfrage; auf diesem Hintergrund der Repressalien hat er auf der kleinen politischen Bühne der Pfalz versucht, entscheidend in die europäische Politik einzugreifen. Dasselbe Manöver wie bei den politischen Parteien trieb er auch mit den Wirtschaftsständen der Pfalz. Derselbe General de Metz, der den Bauern zugesagt hatte, er werde ihre Aecker gegen plündernde Arbeiter mit seinen Maschinengewehren schützen, derselbe General de Metz änderte nach der Ermordung Erzbergers seine Methoden und suchte durch ständigen Hinweis auf die drohende Reaktion und die Gefährdung der „Errungenschaften der Revolution" auf die pfälzische Arbeiterschaft einzuwirken, um dadurch ein Revirement in der Pfalz nach Links auszulösen. Aus dieser Atmosphäre heraus entwickelte sich im Anschluß an die Erzbergerdemonstration im Sommer des Jahres 1921 der berüchtigte Bildersturm radikaler Elemente auf das Regierungsgebäude in Speyer, dessen Hoheitszeichen in vandalischer Weise zerstört wurden, während an den Fenstern der gegenüberliegenden Provinzgelegation französischer Offiziere mit ihren Damen photographische Aufnahmen der Ausschreitungen machten.

Mit Beginn des passiven Widerstandes trat de Metz ganz offen mit seinen Zielen hervor. Gewiß, war er an die Weisungen der Regierung Poincarés gebunden, aber bei dem Vollzug der Anweisungen hat er eine Schärfe gezeigt, wie kein anderer französischer Provinzdelegierter. In keinem anderen Bezirk des besetzten Gebietes wurde bei den Ausweisungen so vorgegangen, wie gerade in der Pfalz.

Nach Abbruch des passiven Widerstandes machte er nochmals die letzten Anstrengungen, die Pfalzfrage auf legalem Wege in seinem Sinne zu lösen. Es ist noch in frischer Erinnerung, wie er gerade jetzt vor Jahresfrist die Aktion des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern und Genossen gegen Bayern zum Ausgangspunkt benutzen wollte für eine Lösung der Pfalz auch vom Reich. Für diesen größeren Zweck versuchte er nochmals den Kreistag vorzuspannen, der nach dem großen Vorbild des 18. Mai 1919 an jenem historischen 24. Oktober 1923 abermals die Loslösung der Pfalz von Bayern und dem Reich entschieden ablehnte und sich weder durch Versprechungen noch durch Drohung vom Weg der Pflicht abbringen ließ. Ebenso fest wie die politischen Parteien blieben auch trotz schwerster wirtschaftlicher Notlage die Vertreter der pfälzischen Wirtschaft. Derselbe General de Metz, der sich über die Kreaturen des General Gerard so abfällig geäußert hatte, derselbe General, der sich so gerne seiner tiefen Religiosität rühmte, rief, als sein letzter Versuch einer legalen Lösung gescheitert war, das größte Gesindel, die Hefe des Volkes, Verbrecher und Zuchthäusler in die Pfalz, und richtete eine Schreckensherrschaft auf. Mag man auch General de Metz zugute halten, daß er bei seiner Separatistenpolitik den Weisungen der Regierung Poincarés folgte, so bleibt es doch seine Schuld, daß er seine Regierung über die Stimmung der pfälzischen Bevölkerung vollständig falsch unterrichtet und sie durch seine direkten Berichte nach Paris zu dieser Politik ermunterte.

England über den Flettner-Rotor.

E. **London**, 18. Nov. Die Erfindung des Flettner-Rotor hat in der englischen Presse viel Beachtung und manchen Kommentar gefunden. Meist läßt die Blätter der Ehrgeiz nicht in Ruhe, darauf hinzuweisen, daß auch englische Erfinder sich beim Bau neuer Segelbootssysteme erfolgreich versucht haben. So gäbe es ein englisches System, bei dem die Segel durch komprimierte Luft ersetzt würden. Ein Modell sei davon gegenwärtig in England im Bau begriffen. Die Konstrukteure versprächen sich davon den größten Erfolg. Schiffe, die mit dieser Einrichtung versehen seien, sollen acht bis neun Meilen in der Stunde zurücklegen können. Das Eigentümliche an dieser rein englischen Erfindung ist, daß sie einen wenig englischen Namen trägt, nämlich Schröder-System. (!)

Eine sensationelle Erfindung.

E. **Wien**, 18. Nov. Der ehemalige Feldpilot Major Blicharski hat vorgestern auf einem Donauarm seine neue Erfindung, den sogenannten „Schwingenpropeller" vorgeführt. Die Erfindung setzt an die Stelle des rotierenden Propellers bei den Motorbooten und bei den Flugzeugen den sogenannten Schwingen- oder Flossenpropeller, der die Bewegung durch die charakteristische Flossenbewegung des Fisches hervorbringt. Die Versuche wurden einstweilen mit Motorbooten unternommen und verliefen mit bestem Erfolg. Der Kraftaufwand ist bedeutend geringer als beim rotierenden Propeller. Major Blicharski beabsichtigt nunmehr, seinen neuartigen Propeller auch bei Flugzeugen zu verwenden. Der Kraftaufwand zur Bewegung des Flossenpropellers ist derart gering, daß der Erfinder erklärte, die Kraft eines Menschen genüge, damit er sich mit Hilfe des Schwingenpropellers in der Luft fortbewegen könne.

Flottenreorganisation in der Türkei.

E. **Konstantinopel**, 18. Nov. Für den Bau der geplanten 6 neuen Unterseebooten sind Kostenvoranschläge von amerikanischen, englischen, französischen und deutschen Firmen eingelaufen. Der Voranschlag der französischen Gesellschaft „Loire" ist am billigsten. Der Unterschied gegenüber dem englischen und amerikanischen Angebot betrug zum Teil 50 Prozent. England und Amerika scheinen durch ihre hohe Valuta in ihrer Konkurrenzfähigkeit behindert gewesen zu sein. Die französische Firma fordert für das Unterseeboot 90000 englische Pfund. Der Präsident des türkischen Marineamts ist gegen die Annahme des französischen Angebots, mit dem Hinweis darauf, daß die Gesellschaft Loire keine Spezialfirma für U-Boote sei. Die Presse fordert die Erteilung des Auftrages an eine englische oder amerikanische Firma, da man mehr auf eine gediegene Konstruktion als auf einen billigen Preis sehen müsse. Im Hinblick auf die Verstärkung der griechischen Flotte und auf die bevorstehende Auslieferung der Wrangelflotte durch Frankreich an die Sowjetregierung fordert man in Marinekreisen eine gründliche Reorganisation der türkischen Flotte. Man schlägt vor, daß Marinesachverständige nach der Türkei berufen werden und zwar möglichst dieselben, die vor einiger Zeit die griechische Marine reorganisiert haben.

Morel, ein Vorkämpfer der Wahrheit.

Dr. K. Eine Trauerbotschaft kommt aus England, die gerade in Deutschland tief schmerzen muß: Morel ist nicht mehr unter den Lebenden! Er gehörte auch uns Deutschen, weil er einer der ersten und größten Bekämpfer der Schuldlüge, ein Vorkämpfer gegen die Zwingburg Versailles war, man darf sogar sagen, darin mit seine Lebensaufgabe erblickte.

Edmund Dene Morel-de-Ville wurde am 10. Juli 1873 in Paris geboren. Sein Vater, ein Franzose, starb 1877 und die Mutter, eine Engländerin aus flandrischem Geschlecht, ließ ihren Sohn in England erziehen, wo er 1896 bei seiner Verheiratung englischer Bürger wurde. Fortan zeichnete er nur noch E. D. Morel.

Zunächst war Morel Angestellter einer Liverpooler Schiffahrtsgesellschaft, wodurch er sich große Kenntnisse von den afrikanischen Verhältnissen erwarb. Seitdem die ersten Kongogreuel auftauchten, kämpfte er ununterbrochen 12 Jahre lang gegen die Unterdrückung der grausamst ausgebeuteten Eingebornen, bis ihm voller Sieg beschieden ward. Sein Kampf hatte ihn mit der Geheimdiplomatie bekannt gemacht, gegen die er dann ebenfalls einen Feldzug führte. Er mahnte dringend gegen Deutschland eine Versöhnungspolitik zu führen. Mit Recht mißtraute er den Versicherungen der Staatsmänner, daß England nicht an die Entente gebunden sei.

Frühzeitig wandte sich Morel der Kriegsschuldfrage zu, weil er einen Straffrieden der auf der Schuldlüge aufgebaut sei, befürchtete. „Die Wahrheit und der Krieg" schleuderte er mutig in die belogene Oeffentlichkeit. Andere Schriften folgten und dann packte ihn die Rache, die die Wahrheit fürchtete. Morel wanderte unter einem Vorwand ins Gefängnis. Der Mann, der einige Jahre vorher von einem Bischof als Held gepriesen wurde, den Gott dem englischen Volke gesandt habe, um sein Gewissen zu wecken, schmachtete für die Wahrheit hinter Kerkermauern. Sobald er aber die Freiheit wiedergewonnen hatte, setzte er den Krieg für die Wahrheit furchtlos und unermüdlich fort. „Das Gift, das zerstört", war eine neue Waffe für Wahrheit und Recht und in der deutschen Ausgabe dieser Schrift beklaat er sich bitter, daß die Deutschen selbst zu wenig gegen die Schuldlüge ankämpfen. Besonders machte er der deutschen Linken diesen Vorwurf.

*

„Versöhnlichkeit."

Im neusten Heft der Zeitschrift „Der Türmer" finden wir folgende Ausführungen, die mehr verbreitet und gelesen werden sollten, besonders in — Frankreich.

Noch hängt in der Sorbonne-Kirche von Paris das Riesengemälde von Weerts, „Die Züchtigung" betitelt. Oben Gott Vater als Weltenrichter, unten in prahlerischer Siegergebärde die Jungfrau von Orleans. Hinter ihr dringen die verbündeten Heere unaufhaltsam vor. Vorne kauern Kaiser Wilhelm, der deutsche Kronprinz und Zar Ferdinand von Bulgarien. Todesängste in den Verbrechergesichtern, denn eine Erdspalte öffnet sich und wird sie verschlingen. In ihrer Nähe liegt die Leiche einer Frau mit abgehacktem Vorderarm und einem toten Säugling an der Brust. Wie wäre es, wenn der Völkerbund Frankreich auferlegte, diesen Unflat zu verbrennen? Das ist doch eine ganz kleine Sache und wäre das erste Zeichen, daß der Völkerbund, was seines Amtes ist, gewillt sei, endlich von dem Völkerhaß zum Völkerfrieden zu schreiten.

Aus dem besetzten Gebiet

Entschädigungsanträge für Personenschäden bei der Regie.

In einer an die „Kehler Zeitung" gerichteten Mitteilung, macht der Delegierte der Interalliierten Rheinlandkommission auf das Bestehen der gemischt-gerichteten Kommission der Eisenbahnen aufmerksam, die zwecks Entscheidung über die zwischen der Regie und den Reisenden bezw. den Benützenden entstandenen Zivil- und Handelsstreitigkeiten eingesetzt wurde. Die Kommission hat ihren Sitz in Mainz (für die Angelegenheiten, die südlich der Mosel ihren Ursprung haben) und in Aachen (für die Angelegenheiten, die nördlich der Mosel ihren Ursprung haben). Die Entschädigungssätze können grundsätzlich nicht unmittelbar bei der gerichtlichen Kommission anhängig gemacht werden. Die Beteiligten müssen vorher an die Regie eine Beschwerde einreichen behufs gütlicher Erledigung. Wird diese Beschwerde teilweise oder gänzlich zurückgewiesen oder bleibt diese Beschwerde innerhalb einer Frist von mindestens drei Monaten unbeantwortet, so können die Personen, die sich geschädigt wähnen, deswegen bei der gerichtlichen Kommission appellieren. Die Gesuche sind in vier Exemplaren an das Sekretariat der Kommission in Mainz bezw. in Aachen zu richten. Sie können in französischer oder in deutscher Sprache abgefaßt sein. Sie müssen vorgelegt und unterschrieben werden entweder von den Beteiligten selbst oder, falls diese bei der Verhandlung mündliche Bemerkungen vorzutragen wünschen, von einem Rechtsanwalt. Eine ähnliche Kommission besteht in Düsseldorf für die in der Ruhr entstandenen Angelegenheiten. Nähere Auskünfte können beim Sekretariat der Kommission im französischen und belgischen juristischen Büro der Rheinlandkommission in Koblenz, bei den Kreisdelegierten sowie bei den hauptsächlichsten Bahnhöfen der Regie eingeholt werden.

Bei Gelegenheit dieser Mitteilung muß darauf verwiesen werden, daß die seit Aufgabe des passiven Widerstandes entstandenen, auf die französische Regie zurückführenden Personenschäden nach dem deutschen Besatzungspersonenschädengesetz vom 17. 7. 1922 nicht vergütet werden können, da die Regie seit Aufgabe des passiven Widerstandes als ein selbständiger, nicht zur Besatzungstruppe gehörender Betrieb angesehen werden muß.

Tumult im Düsseldorfer Stadtparlament.

w. **Düsseldorf**, 18. Nov. In der Stadtverordnetensitzung kam es zu Skandalszenen von seiten der kommunistischen Partei, die über die Berichterstattung der bürgerlichen Presse Beschwerde führte. Schließlich versuchten die Kommunisten einen der Berichterstatter anzugreifen. Ein Hauptschreier mußte schließlich durch die Polizei gewaltsam aus dem Saale entfernt werden. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschloß, diesen Stadtverordneten für 6 Sitzungen von den Verhandlungen auszuschließen.

Die Ueberführung Jaures auf Staatskosten.

t. **Paris**, 19. Nov. Die Kammer hat den von der Regierung angeforderten Kredit in Höhe von 500 000 Franken für die Ueberführung Jean Jaures nach dem Pantheon in namentlicher Abstimmung mit 340 gegen 60 Stimmen angenommen.

Gerhart Hauptmann als Persönlichkeit.

Von **Herbert Eulenberg**.

Wir sind in der Lage, unseren Lesern einen Abschnitt aus einem demnächst im Verlag Karl Reißner, Dresden, erscheinenden neuen Band der Schattenbilder von Herbert Eulenberg, „Gestalten und Begebenheiten" mitzuteilen.

Oft schon ist es versucht worden, das Irdische, das Persönliche dieses Geistes zu schildern und festzuhalten, das, was mit seinem Atem auf Erden ist und wandelt bis zu dem Tage, da sein Genius den Staub vom Flügel schüttelt und zurückkehrt. Er macht es einem selber nicht ganz leicht, dieser große Mann, ihn zu packen und auf ein festes Charaktergerüst zu schlagen. Denn das Wesen seines wie jedes Zaubers ist kaum zu beschreiben. Und alle Worte können schlecht das Eigenartige und Unerklärliche, das ihn umströmt, wiedergeben. Schon, wenn man ihn ansieht, diesen schönsten Dichterkopf, den es nach dem Olympier Goethe unter deutschen Künstlern gegeben hat, stutzt man ein wenig. Man denkt zunächst, krittelnd wie der Mensch ist und sein muß, irgendetwas fehlt noch an diesem bedeutenden Antlitz, um es ganz Erhabenheit scheinen zu lassen. Ist es der tiefe Blick des Herzens, den man an seinen ziemlich kleinen, aber klaren wasserblauen Augen vermißt? Oder entbehrt man einen trotzigen Heldenzug um seinen breiten, weichen, frauenhaften Mund? Bis man plötzlich, zumal, wenn er lächelt, ausgesöhnt denken muß: „Nein! Es muß alles so sein und so zusammenstehen auf diesem Gesicht, wie es da ist und uns ein wenig scheu und noch mehr prüfend betrachtet." Es erscheint mit einem Male ganz einheitlich und ebenmäßig geformt, dies ernste Menschenangesicht, das der höchste Bildhauer, die Schöpfung, diesem ehedem eifrigen Jünger in der Kunst der Plastik mitgegeben hat. Daß Hauptmann ursprünglich selber hat Bildhauer werden wollen, das merkt man in seiner Dichtung mit ihrer Liebe zum Gestaltigen und Lebenschwellenden ebenso, wie man es immer wieder aus seinen Gesprächen heraushört.

Auch dies ist einheitlich bei ihm, diese seine ganz persönliche Art zu sprechen, die zu ihm paßt wie sein übriges Gehabe. Sonderbar, daß alle die vielen, die schon über ihn geschrieben haben, diese ihm höchst eigentümliche Weise, das Wort zu führen, so wenig betont haben. Daß er kein Redner ist, das bewies er selber lächelnd am deutlichsten bei jenem ersten Festmahl, das man ihm in Wien nach seinem schallendsten Erfolg, „der versunkenen Glocke", gespendet hatte. Damals, als er seine Dankesrede unterbrechen mußte, weil er seine eigene Handschrift auf seinem Entwurf zu diesen wenigen Worten nicht weiter lesen konnte. Auch als Vorleser soll er im kalten feierlichen Vortragsraum, in dem seine weiche Stimme zudem nicht allzuweit trägt, weit weniger wirken als im kleinen, ihm vertrauten Kreise. Aber man würde sehr irren, wenn man ihn wegen seiner Abneigung gegen ein öffentliches Auftreten zu dem Geschlecht der Schweiger zählen wollte. Nein, er spricht im Gegenteil gern und viel, wenngleich leicht stockend und mit schwerer Zunge, wie Moses zu den Seinen redete. Oft auch ziehen seine Gedanken von der Unterhaltung fort und entgleiten ihm auf andere Gefilde, also daß er den Faden verliert und das angesponnene Gespräch mit einem: „Und so weiter!" abbrechen muß. Zuweilen auch, wenn der Abend zur Nacht geworden ist, kann er Unverständliches von sich geben, heilige Hieroglyphen gewissermaßen, aus denen sich nur der Kenner seiner Denk- und Sprechweise einen Sinn zu formen weiß. Aehnliches wird von Jean Paul erzählt, wenn er von Bier und Wein begeistert allnächtlich in seinem Bayreuth wie ein Feuerwerk zu schwärmen begann. Der Spießbürger, das Herdenvieh, die sich einem solchen berühmten Mann nahen, um stete große Offenbarungen von ihm zu erlauschen, pflegen sich dann enttäuscht hinterher beiseite zu trollen. Es ergeht ihnen, wie solchen, die Papyrosrollen betrachten, ohne die Bilderschrift zu kennen. Sie sehen und hören etwas, das sie sich nicht zu deuten wissen. Dabei wird Gerhart Hauptmann nie ein schales Wort, nie etwas nichtig Alltägliches im Gespräch äußern. Und man darf von ihm sagen, was Immermann von Grabbe urteilte: „Soviel er auch in der Unterhaltung durcheinander werfen konnte, ich habe niemals eine Plattheit von ihm vernommen."

Denn das ist wieder das Ausgeglichene bei diesem Glückswurf der Natur, der sich Gerhart Hauptmann nennt, daß dieses Schwere, Stockende, Zögernde seiner Redeweise einen gewissen Reiz ausübt, wie rein äußerlich etwa das Lispeln dem Alcibiades noch etwas Anmutvolles verliehen haben soll. „Alles geben die Götter, die Unendlichen, ihren Lieblingen ganz", sagt Goethe, der glücklich Unglückliche, irgendwo. Und es stimmt auch für den Dichter des „Hannele". Grade davon hätten uns die, die oft in ihrem Leben mit Hauptmann in seiner Jugend wie in seinen Mannesjahren zusammen gewesen sind, mehr erzählen sollen, von dieser seiner rhapsodischen, seiner stoßweisen und manchmal unzusammenhängenden Art zu sprechen, die in ihrer Unbeholfenheit, aber auch Ursprünglichkeit, ihren ganzen Zauber hat. Seine Aussprüche, die man hernach aus seiner Unterhaltung herauszieht und auf Aphorismen wie auf Flaschen bringt, sind nicht so bezeichnend für ihn, noch meist so bemerkenswert, wie die Form, in der er sie hervorbringt. Man denkt zuweilen besonders in seinen glücklichen Augenblicken an die Pythia dabei, die über dem dampfenden Schlund, dem Nabel der Erde, zu Delphi sitzend, verzückt Wahrsagungen formulierte. Besonders, wenn er über den Tod spricht, weiß er manchmal das Ergreifendste und zugleich Bitterste zu sagen. Man lauscht ihm dann wie einem Sänger oder Spielmann, der uns in verschwiegener Stunde, wenn seine Kunst verklungen ist, die Tiefen seines Herzens öffnet.

Die meisten, die ihm begegnet sind und den Eindruck, den er hinterläßt, in Worte fassen, ergehen und spiegeln sich, wenn sie davon erzählen, zu gern in ihren eigenen Erinnerungen. Das gilt von den meisten Büchern und Aufsätzen, die uns von den persönlichen Freunden und Anhängern des Dichters geschrieben worden sind, in gleicher Weise. Wenige haben versucht oder vermocht, ein Bild dieses unmittelbaren Stücks der Natur wiederzugeben, das uns aus ihm anspricht. Seine Beschreiber begnügen sich, wie der alte Schlenther, seinen einfachen Lebenslauf zu schildern und allenfalls als Hintergrund noch Schlesien hinzumalen. Gewiß, Hauptmann trägt viel von seiner Heimat und seinem Lande mit sich, wie er denn auch zuweilen geradezu wie ein schlesischer Bauer, einer seiner Vorfahren, aussehen kann, so wie sein älterer Bruder Carl mit seinem Geisbart oft wie Rübezahl nach Schwinds bekanntem Bilde wirken konnte. Wenn man ein schlesisches Volkslied liest, wie dieses:

„Es hat ein Bau'r ein Töchterlein,
Wie hieß es denn mit Namen sein?
Die schöne Hannele.
Er ließ ihr eine Brücke bau'n,
Drauf sollte sie spazieren geh'n
Die schöne Hannele.
Und da sie auf die Brücke kam,
Der Wassermann zog sie hinab,
Die schöne Hannele.
Dort unten war sie sieben Jahr
Und sieben Kinder sie gebar
Die schöne Hannele.
Und da sie bei der Wiege stand,
Da hört sie einen Glockenklang
Die schöne Hannele.
Ach, Wassermann, ach Wassermann!"

Und so weiter! So sieht man und hört man gleich zwei der bekanntesten Stücke Hauptmanns vor sich.

Aber neben diesem schlesischen Krongut, das er in sich hat und mit dem er sich so köstlich zu schmücken weiß, ist er auch ein Weltbürger und Dichter geworden, einer, der in Hellas so gut zu Hause sein will wie in Italien und in Connecticut. Der Gegensatz zwischen dem schlichten Heimatpoeten, an den er in seiner Erscheinung leicht noch erinnern kann, und dem

Zu den Enthüllungen Louis'.

Ein lächerliches französisches Ablenkungsmanöver.

t. **Paris,** 19. Nov. Die aus Anlaß der Enthüllungen aus dem Tagebuch George Louis entstandene Polemik um die Kriegsschuldfrage geht weiter. Die Blätter versuchen, die von der deutschen Presse aufgestellten Behauptungen mit allen Mitteln zu entkräften. Sie scheuen nicht davor zurück, Louis als einen schwachsinnigen und schwatzhaften Menschen zu bezeichnen, den seine unerwartete Amtsentlassung in Harnisch gebracht habe.

Wie schlecht es um Frankreich bestellt sein muß, geht daraus hervor daß der frühere Abg. Bertholet in einem längeren Artikel in der „Petite Gironde", aus dem ein Auszug durch Havas und Radio verbreitet wird, an Hand folgenden Vorfalls die Schuld Deutschlands am Kriege nachweisen will: 1908 trat in Berlin der internationale Pressekongreß zusammen, bei dem auch Franzosen erschienen waren. Sie wurden von den Deutschen mit Aufmerksamkeiten verfolgt (!) und einige französische Delegierte zeigten sich dafür allzu zugänglich. Am Abend fand in der französischen Botschaft ein Essen statt, bei dem die Direktoren des „Temps", des „Journal des Débats" und aller bedeutender Pariser Blätter zugegen waren. Jules Cambon äußerte sich zu seinem Tischnachbarn: „Lassen Sie sich nicht von all den Freundlichkeiten täuschen, die man Ihnen erweist. Deutschland hat nur den einen Gedanken: den Krieg. Es arbeitet mit allen Kräften, und wir werden den Krieg noch erleben."

Die französisch-russischen Beziehungen.

w. **Paris,** 19. Nov. Vor der Kammerkommission für Auswärtige Angelegenheiten erklärte Ministerpräsident Herriot hinsichtlich der zukünftigen Beziehungen Frankreichs zu Rußland nach dem „Petit Parisien" noch folgendes: Die französische Regierung habe nicht die Absicht, in die innere Politik Rußlands einzugreifen. Sie fordere daher die gleiche Haltung auch von der Sowjetregierung. — Was die Frage der Schulden betreffe, so seien die Rechte der französ. Schuldner in der klarsten Weise vorbehalten. Am 10. Januar würden in Paris Verhandlungen darüber beginnen. Diese Konferenz werde sich daher mit folgenden Fragen zu beschäftigen haben:

1. Die Verträge, die mit der ehemaligen russischen Regierung abgeschlossen wurden;
2. Bestimmungen über die Immunität und Vorzugsrechte, die den Diplomaten und Konsuln gewährt werden sollen;
3. Paßfragen und Fragen der Siedler in beiden Ländern;
4. Regelung der Verträge bezüglich der staatlichen Besitze, sowie der Privatinteressen in Rußland und Frankreich. Schaffung eines neuen Regimes für den Privatbesitz und die Arbeitsinteressen, und endlich Sicherstellung der nationalen Gesetzgebung dafür, desgleichen Regelung der Entschädigungen von Land zu Land und der Anleihen.

Auf eine Anfrage aus der Kommission erklärte Herriot, daß Rumänien und Polen bezüglich der Anerkennung der Sowjetregierung befragt worden seien und dagegen keine Einwendungen erhoben hätten. —

Im Laufe der Erklärungen, die Herriot über Georgien abgab, bemerkte er, daß einer der kommunistischen Abgeordneten Notizen machte. Daraufhin sagte Herriot, daß seine Ausführungen vertrauliche seien. Als der kommunistische Abgeordnete aber darauf erwiderte, es sei ihm unmöglich, sich zu verpflichten, die Geheimhaltung zu wahren, brach Herriot sofort ab und bewegte sich von nun an — wie der „Petit Parisien" bemerkt — in vagen Allgemeinheiten. — Angesichts dieses Vorfalles drückte der Abg. Loucheur sein Bedauern darüber aus, daß ein Abgeordneter durch seine Haltung den Ausschuß den äußerst interessanten Mitteilungen des Ministerpräsidenten beraubte.

Die Kirchenverträge der bayerischen Regierung.

p. **München,** 19. Nov. (Eig. Drahtb.) Das Konkordat zwischen dem bayerischen Staate und der römischen Kurie und die Staatsverträge mit den beiden evangelischen Landeskirchen, die am Dienstag dem Bayerischen Landtage zugegangen sind, haben nach erster Einsicht eine allgemeine günstige Aufnahme erfahren. Die demokratische „Allgemeine Zeitung" findet zumal in der Stellung des Staates zur Kirche keine Schwächung, vielmehr in manchen Punkten eine Verbesserung. Das Mitteilungsblatt der Bayerischen Volkspartei betont besonders den auch von den Ministern hervorgehobenen Grundsatz der Parität, nach welchem die Kurie und die evangelischen Kirchen behandelt werden, und nennt das Konkordat ein Dokument von wirklich christlichem Ernst, der Staat habe von der Kurie wesentliche Vorteile erlangt, z. B. im Entgegenkommen des Heiligen Stuhles bei der Auswahl der Bischöfe und in der Sicherung der Ausbildung des Klerus. Die übrigen Blätter beschränken sich auf Veröffentlichung des Wortlautes und der Erläuterungen, die der Ministerpräsident Dr. Held und der Kultusminister Matt gegeben haben. Interessant ist der Umstand, daß der Staatsvertrag mit der römischen Kurie in deutscher und italienischer (nicht wie bisher üblich lateinischer) Sprache abgefaßt ist. Eine Aenderung des Konkordats in einzelnen Punkten durch den Landtag ist nicht möglich, da es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt. Daher ist nur seine Annahme als Ganzes oder Ablehnung möglich. Eine eingehendere Diskussion wird wohl bei der Beratung der Schulfragen, insbesondere gewisser Hochschulfragen und der konfessionellen Privatschulen entstehen, deren Gleichstellung mit den Unterrichtsanstalten, die evangelischen Diakonissenhäusern angegliedert sind, von der römischen Kurie gewünscht wird.

Besoldungssperrgesetz und Kirchen.

Eine wichtige Entscheidung des Reichsgerichts.

Das Reichsgericht, das als höchste Instanz in Streitigkeiten eingesetzt ist, die zwischen dem Reichsminister der Finanzen und den deutschen Ländern, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts über die Anwendung des Besoldungssperrgesetzes entstehen, hat neuerdings eine interessante und bedeutungsvolle Entscheidung gefällt.

Bekanntlich sind die Religionsgesellschaften in Artikel 137 der Reichsverfassung, soweit sie dies bisher waren, als Körperschaften des öffentlichen Rechts weiterhin anerkannt worden. Nun erstreckt sich der Wirkungsbereich des Reichsbesoldungssperrgesetzes auf die Regelung der Beamtenbesoldungen in den Ländern und Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften (§ 1 des Besoldungssperrgesetzes). Demnach wäre an sich der Reichsminister der Finanzen berechtigt, auch in die Regelung der Besoldung der als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannten Kirchen einzugreifen, und er hat dies auch hinsichtlich der evangelisch-lutherischen Kirche in Mecklenburg-Schwerin getan. In dem Einspruchsverfahren gelang es jedoch dem Oberkirchenrat in Schwerin, zu erwirken, daß der Einspruch des Reichsministers der Finanzen gegen die Besoldungsordnung des Oberkirchenrats in Schwerin für unzulässig erklärt wurde. Für diese Entscheidung des Reichsschiedsgerichts war folgende Erwägung maßgebend:

Es wurde anerkannt, daß an sich der Reichsminister der Finanzen auch gegenüber der Kirche als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Nachprüfung der Besoldung ihrer Beamten berechtigt wäre. Es wurde aber festgestellt, daß in Artikel 137 Absatz 3 der Reichsverfassung eine Bestimmung enthalten ist, die den Kirchen eine ganz besondere Freiheit der Entschließung über Anstellung von Beamten und Verleihung von Aemtern zusichert. Dieser Absatz lautet: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde."

Satz 1 dieser Bestimmung würde eine weitergehende Freiheit, als sie anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts, beispielsweise den Gemeinden in Artikel 127 der Reichsverfassung, gewährleistet ist, für die Kirchen nicht begründen. Die Sicherung einer weitergehenden Selbständigkeit der Kirchen wurde dagegen als gegeben erachtet durch den Satz 2, daß „die Verleihung der Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde erfolgt." Es wurde unterstellt, daß dies eine Weiterführung der grundsätzlich für alle Körperschaften des öffentlichen Rechts gegebenen Freiheit bedeute und eine Sonderstellung besonders freiheitlicher Art für die Kirche ergebe. Die Entscheidungsbegründung führt u. a. aus, daß die Mitwirkung des Staates bei der Aemterverleihung deshalb nicht auf Handlungen des Staates beschränkt werden könne, welche mit der Stellenbesetzung in unmittelbarem Zusammenhange stehen, es würden darunter vielmehr alle Handlungen fallen, welche auch nur mittelbar das Recht der Aemterverleihung beeinflussen können. Aus diesen Erwägungen wurde dem Einspruch der Kirche stattgegeben (Entscheidung des Reichsschiedsgerichts vom 9. September 1924 — III S. 11/24, betr. den Einspruch des Reichsministers der Finanzen gegen die Besoldungsordnung des Oberkirchenrats in Schwerin).

Im übrigen ist ja wohl anzunehmen, daß das Besoldungssperrgesetz, dessen Geltungsdauer mit dem 31. März 1925 abläuft, und dessen innere Berechtigung, nachdem Länder und Gemeinden finanziell auf eigene Füße gestellt werden, mehr und mehr verschwindet, in Bälde aufgehoben wird. Der Badische Landtag hat schon unterm 29. Juli 1924 einen Antrag angenommen, in dem die Badische Regierung ersucht wird, für die Aufhebung des Gesetzes einzutreten.

Verschiedene Meldungen

Die Unglücksstatistik der Regie.

t. **Mainz,** 19. Nov. Die Uebergabe der Regie geht glatt weiter von statten. Weitere Auflösungen von Regiebüros finden am 20. und 23. November, sowie am 1. und 10. Dezember statt. Zu diesem Termin werden auch die noch in Darmstadt verbliebenen Büros hierher zurückverlegt werden. Nach der Uebergabe wird jetzt bekannt, daß sich außer dem Unglück im Mainzer Tunnel noch 11 schwere Unfälle im Mainzer Bezirk ereignet haben. Der letzte Regiezug hat in der Nacht zum 13. November auf der Strecke Wiesbaden—Langenschwalbach einen Arbeiter totgefahren.

Reform der Inderberechnung.

vr. **Berlin,** 19. Nov. In der gestrigen Sitzung der Inderkommission des Statistischen Reichsamtes wurden von verschiedenen Seiten starke Bedenken gegen die bisherige Berechnungsart der amtlichen Lebenshaltungsziffern geltend gemacht. Das Statistische Reichsamt wird infolgedessen bis auf weiteres die auf Grund des Inder vorgenommene Reallohnberechnung einstellen. Nach Fühlungnahme mit den statistischen Aemtern der Länder wird das Statistische Reichsamt der Inderkommission in einer auf den 2. Dezember anberaumten Sitzung neue Vorschläge über die Inderberechnung unterbreiten.

Beschlüsse der Reparationskommission.

w. **Paris,** 18. Nov. Die Reparationskommission hat in ihrer heutigen Sitzung in Ausführung des Artikels 254 des Friedensvertrages von Versailles die Verteilung der offiziellen deutschen Vorkriegsschuld auf die Staaten vorgenommen, denen ehemals deutsches Gebiet zugeteilt wurde. Es wurden für Belgien bestimmt 640 609 GM., für Danzig 3 763 729 GM., die Tschechoslowakei 242 879 GM., Polen für Oberschlesien 1 750 361 Goldmark und Polen für die anderen Gebiete 17 121 438 GM.

„Für wen?" beschlagnahmt.

pr. **Berlin,** 19. Nov. Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß die Berliner Polizei die deutschnationale Wahlbroschüre „Für wen?", die Beleidigungen und Verächtlichmachungen des Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Staatsform enthielt, auf Grund des Republikschutzgesetzes in der noch vorhandenen Auflage von 22 000 Exemplaren beschlagnahmt hatte. Wie jetzt dazu mitgeteilt werden kann, ist der Oberreichsanwalt dieser vorläufigen polizeilichen Beschlagnahme beigetreten.

Das geplante englische Riesenluftschiff.

w. **London,** 19. Nov. Das Luftfahrtministerium veröffentlicht Angaben über das neue britische Riesenluftschiff R. 101, das in Gardington gebaut werden soll. Seine Verdrängung werde ungefähr 5 Millionen Kubikfuß (d. h. zirka 130 000 Kubikmeter. Z. R. III hat einen Rauminhalt von 70 000 Kubikmeter. — Red.) betragen. Es werde über dreimal so groß sein als das größte bisher gebaute Luftschiff. Es werde das erste aus Stahl gebaute Luftschiff sein, auch die Propeller würden aus Stahl sein. Es werde sieben Motoren von je 600 PS besitzen. Es soll eine Höchstgeschwindigkeit von etwa 70 Meilen in der Stunde entwickeln und über 100 Passagiere mitführen können. Die Länge beträgt 720, die Höhe 140 und der größte Durchmesser 130 Fuß. Es wird gehofft, daß das Schiff die ersten Uebungsfahrten Ende 1926, die erste Fahrt nach Indien anfangs 1927 ausführen kann. Man schätzt, daß die Fahrt nach Neuyork in 2½, Kapstadt in sieben, Indien in fünf bis sechs und Australien in zehn Tagen ausgeführt werden kann. Es ist noch nicht beschlossen, ob R. 101 für militärische oder kommerziale Zwecke verwendet werden soll.

Der spanische Rückzug in Marokko.

w. **Madrid,** 18. Nov. Das Direktorium veröffentlicht eine Note über die Räumung der befestigten Stellung Tetuan und anderer dazu gehöriger Posten. Die 10 000 Mann, die den Abschnitt Tetuan besetzten, befinden sich jetzt in Darakoba, 10 Kilometer hinter Tetuan. Die Operation im Gebiet von Tetuan kostete den Spaniern nur drei Tote.

Der erste Schnee in Berlin.

w. **Berlin,** 19. Nov. Heute früh ist in Berlin der erste leichte Schnee gefallen.

Schneefall in Oberschlesien.

w. **Beuthen,** 18. Nov. Nach leichtem Frost in den letzten Tagen ist in der vergangenen Nacht in Oberschlesien Schneefall eingetreten. Die Temperatur schwankt um 0 Grad.

Ein Postdiebstahl.

E. **Mailand,** 17. Nov. Im Hauptbahnhofe in Mailand ist gestern ein frecher Raub verübt worden. Eine Kassette mit Wertbriefen, deren Inhalt etwa eine Million Lire betrug, ist aus dem Postwagen während der Fahrt zur Post herausgenommen und durch eine leere ersetzt worden. Die Geldbriefe enthielten die eingegangenen Gelder der Poststationen in der Provinz, die alle fünf Tage an die Generaldirektion in Mailand abgeliefert werden. Der Dieb ist ein Postbeamter namens Giuseppe Fischietti, der vor kurzem aus Neapel nach Mailand versetzt worden war. Er ist flüchtig und konnte bis jetzt noch nicht ergriffen werden.

---

vielgefeierten übervölkischen Sänger des Mitleidens, ist nur einer der vielen Gegensätze, in denen er, ein Mensch mit seinem Widerspruch, wie wir alle, sich bewegen muß. Mäkeln kann man leicht an ihm wie an jedem. Viele haben ihm beispielsweise verdacht, daß er seinen sechzigsten Geburtstag ein ganzes Jahr lang gefeiert hat, wiewohl dies seinerseits nur eine kindliche Freude am Genuß seines vollen Ruhmes war und mehr noch eine gewisse Repräsentationspflicht, in dieser Zeit des staatlichen Niedergangs Deutschlands, es an seiner Statt im Reiche der Kunst würdig zu vertreten. Manchen ist der Dichter der „Weber" im Leben zu wenig entschieden und zielbewußt, tafelt mit den Kapitalisten und neigt zu den Dämmergläubigen und Gottesfürchtigen. Vielen seiner Berufsbrüder erscheint er zu unkameradschaftlich, zu abgeschlossen und zu wenig mitteilsam, er, der sich auch brieflich selten geben und erschließen mag. Oder den Völkischen kommt er wieder zu undeutsch, zu weich und zu friedensliebend vor. Es ist seine beste Mitgift, daß Hauptmann sich durch diese Schmutzflut von Anwürfen wie durch die süße Welle von Lobpreisungen, die ihn tagtäglich überflutet, immer wieder mutig und selbständig durchkämpft und durchsetzt, ohne sich an den Haß oder die Schmeichelrederei zu verlieren. Drum kann er auch durch sein persönliches Wesen einen nicht minder starken Eindruck als durch seine Werke hervorrufen. Es ist dies unbeugsame, höchst eigene Sich und nur Sich-Folgen, mit andern Worten die Treue gegen sich selbst, die uns an ihm anzieht. Dies persönliche Gepräge, das ihn nie um des Erfolges willen Zugeständnisse machen ließ und läßt, das ihn schon zu der empfindsamen Dichtung der „Versunkenen Glocke" schwang, als sein Anerkenner Emile Zola eine wirkungsvolle Ausbreitung seiner wuchtigen Tragödie, der „Weber", zu einem sozialen Dramenzyklus ähnlich seiner bekannten Romanreihe „Les Rougon-Macquart" von ihm verlangte. Er geht wie ein Dichter träumend weiter durch die Welt und schließt dabei gern wie sein Handwerksbursche Michel Hellriegel die Augen. So wandert er sich nach, ohne durch die Welt sich festbinden zu lassen, ohne eine bestimmte Richtung zu vertreten. Weder findet er im Christentum Christi seine Ruhe, wie der Urchrist Tolstoi, noch mag er sich zu einem konsequenten Monismus oder Atheismus wie ehemals als Jüngling zu dem „konsequentesten Naturalismus" von Arno Holz bekehren, von dem er auch bald sich wieder innerlich abwenden mußte.

Freilich regt sich das Heidentum oft noch stark in ihm, als dem Sprößling des erst vor neunhundert Jahren, also am spätesten in ganz Deutschland, christianisierten schlesischen Volksstammes. Dann kann er wohl, wie in der „Versunkenen Glocke", in der „Pippa" und im „Ketzer von Soana" von einer Vermählung zwischen Christentum und Heiden- oder Griechentum schwärmen, wie es schon Heinrich Heine in seinen „letzten Gedichten" und Ibsen im „Kaiser und Galiläer" getan hat. In der Vorstellung von jenem „dritten Reich", wo Christus und der Olymp wie auf einem bekannten Bilde Klingers ihren Frieden schließen. Gerade dies Unentschiedene, Schwankende, was wir nur bei ganz großen Naturen und Meeren, nicht bei kleinen, stillen, friedeglücklichen Seen finden, gefällt uns auch an dem leicht veränderlichen, manchmal launischen Dichter Schlesiens. Die persönliche Berührung mit ihm ist wie ein Tag im Riesengebirge. Ab und zu können Wolken aufziehen oder sich die Kuppen der Berge umnebeln und die Fernsicht verhüllen. Oder auch eine ländliche Grobheit von ihm kann uns einmal wie ein Felsgeröll über den Weg fahren. Aber ein Lächeln seines Gesichts, ein Aufblitzen seines Geistes abends beim Chianti oder beim Rheinwein, und die volle Sonne seines Künstlertums überflutet uns wieder. Dann erscheint losgelöst von allem Gravitätischen und über allen irdischen Ehrengraden der Zigeuner, der Beldner, der Weltbruder Gerhart Hauptmann, mächtig wie die Schneekoppe, wenn sie sich vor Sonnenuntergang und der Nacht über allem Land erhebt. Dann umkleidet er sich mit der ganzen Treuherzigkeit, aber auch mit der Lust am Schabernack seines Gebirges, das einen Berggeist wie den Rübezahl ersonnen hat. Und so wollen wir ihn weiter ehren als einen Gipfel, auf den Deutschland stolz sein kann, und der von sich, wie einst Grillparzer, sein ihm in manchem verwandter Vorfahre, rühmend sprechen darf: „Vorahnend durft' ich zu den Großen sagen, die längst der Ruhm umwallt wie Opferrauch: So hoch als Euch mag mich kein Flügel tragen. Doch, Meister, schaut! ein Künstler bin ich auch."

Drittes Max Reger-Fest.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Nach der Richard Strauß-Woche in Dresden das dritte Reger-Fest. In knapper Zeitspanne von vierzehn Tagen zwei Kulturmonumente, die von außerordentlicher Tragweite sind. Ein Ehrenmal für Dresden, das die beiden überragenden Vertreter der deutschen Musik, wie gegensätzlich auch ihr Schaffen ist, mit mustergiltigen Aufführungen in die breite Masse des Volkes tragen will. Nach Jena und Wien rief die Max Reger-Gesellschaft, die ihren Sitz in Stuttgart hat, alle Regerfreunde unter der Führung des Generalmusikdirektors Fritz Busch zum 3. Fest nach Dresden. Man kennt die Ziele der Regergesellschaft: die weitesten Kreise für seine Kunst zu erwärmen und das Andenken an den Meister und sein Schaffen zu pflegen. Als rein praktische Arbeit hat die Gesellschaft unter dem Ehrenvorsitze der Gattin Regers die Herausgabe von wissenschaftlichen und künstlerischen Arbeiten über Reger sich zum Ziele gesetzt, die Herausgabe seiner noch nicht veröffentlichten Werke und Briefe und den Ausbau des Max Reger-Archivs in Weimar. Durch Frau Elsa Reger, die dem Archiv Regers Arbeitszimmer und zahlreiche Manuskripte und Bücher überwies, hat Weimar eine neue Wallfahrtsstätte zu der Goethe- und Schillerstätte und zum Liszt-Museum erhalten. Mit Freuden wird man von einer wertvollen Neuerwerbung Kenntnis nehmen, die ein Kreis von Gönnern der Reger-Gesellschaft überwies, von der alten Hausorgel, die Regers Vater mit seinem jungen Sohne Max aus einem Harmonium zusammengezimmert hat und auf der Max Reger seine ersten Studien trieb.

Die Festtage begannen mit einem Sinfoniekonzert in der Staatsoper. Mit der Lustspielouverture Opus 120 die Ernst von Schuch gewidmet ist, beging man eine doppelte Ehrung zweier Meister. Es folgte das große Violinkonzert Opus 101, das Max Reger besonders liebte. Das Henri Marteau gewidmete und 1908 von ihm uraufgeführte Werk blieb lange Jahre unbeachtet. Eine dreisätzige Sinfonie mit Führung der Solovioline. Wie die Brüder Prof. Adolf Busch und Generalmusikdirektor Fritz Busch miteinander musizierten, das riß zu stürmischem Beifall hin. Die unglaublichen Schwierigkeiten bewältigte Adolf Busch spielend, mit unerhörtem Temperament und in den Kantilenen mit tiefer Innigkeit. Kein anderer deutscher Geiger wird ihm das heute nachmachen. Das Orchester unter Fritz Buschs Führung war von außergewöhnlicher Schmiegsamkeit. Das Konzert klang mit der Romantischen Suite aus. Das zweite Konzert war in der Kreuzkirche. Fritz Heitmann als Orgelvirtuose. Adolf Busch brachte Regers Opus 117, Präludium und Fuge für Violine, zu Gehör. Den Höhepunkt brachte aber der Bremer Domchor unter Eduard Noeßler mit seinen geistlichen Gesängen. Wie dieser Gastchor die kontrapunktischen, chromatischen und engharmonischen Feinheiten mit letztem Einfühlen und musikalischem Intellekt meisterte, das war ein Erlebnis. Das dritte Konzert brachte Regersche Kammermusik. Das Adolf-Busch-Quartett spielte Opus 54 (A-Dur) und Opus 109 (Es-Dur). Rudolf Serkin bot Variationen über ein Bach-Thema für Klavier. Auch hier letzte Erfüllung und Zusammenklang von Technik und Urmusikertum. Regerspezialisten, die ganz von dem tiefgründigen Musikertum des Meisters erfüllt sind. Den Festtagen reihte sich unter dem Ehrenvorsitz von Frau Elsa Reger die Hauptversammlung der Max Reger-Gesellschaft an.

Johannes Reichelt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Arbeiterfrage im neuen Deutschland.

Von Univ.-Prof. Dr. Zimmermann, Hamburg.

Die gewerbliche Arbeiterfrage, die seit dem Kriege eine ungleich stärkere Politisierung als vor dem Kriege erfahren hat, trägt gegenwärtig ein besonders unruhiges und bitter verzerrtes Gesicht. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hatte nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands eine außerordentliche Machtstellung erlangt. Auch waren die Gewerkschaften durch das Novemberabkommen von 1918 von den maßgebenden Industriellen und Arbeitgeberverbänden als vollberechtigte Verhandlungs- und Vertragspartei in allen Fragen der Arbeitsregelung anerkannt worden und hatten einen ungeheuren Mitgliederzulauf.

Aber von diesem Höhepunkt ihrer politischen und wirtschaftlich-sozialen Machtstellung erfolgte eine jäher Abstieg. Das Ueberhandnehmen der Tarifvertragsbrüche schloß die Arbeitgeberverbände immer fester zusammen. Die ständigen Mehrlohnforderungen befriedigten die Arbeiter nicht mehr, da die Preisentwertung bald schneller zunahm. In den sozialistischen Parteien griffen infolge der Unzufriedenheit der radikalen Elemente mit der Opportunitätspolitik der Arbeiterführer und mit der Verschleppung der Sozialisierungsfragen Spaltungen und Zersetzungen namentlich durch die Kommunisten um sich, die auch in den Gewerkschaften ihre Keimzellen zu Sprengungen einsetzten und die Betriebsräte gegen die Gewerkschaften aufputschten. Die millionenhaft zusammengeströmten neuen Gewerkschaftsmassen entbehrten der früheren gewerkschaftlichen Zucht und Einsicht, und der Ersatz, der in die Regierung und Verwaltung abgerufenen erfolgreichen Gewerkschaftsbeamten durch junge, unerfahrene Funktionäre gab den Gewerkschaften keinen inneren Halt und keine Autorität mehr gegenüber den aufbegehrenden Massentriebregungen. Dazu trat dann später der Fluch der Inflation und raschen Geldentwertung, der die gewerkschaftlichen Vermögensbestände verflüchtigte, die Streik- und Unterstützungskassen leer machte und das Beitragswesen der Mitglieder zerbröckelte.

Ungeheurer Mitgliederschwund, Massenentlassung von gewerkschaftlichen Beamten, starke Einschränkung der Gewerkschaftspresse waren die Folge. Erst nach der Markstabilisierung hat sich das Gewerkschaftswesen wieder etwas zu festigen begonnen, aber der Glaube an die unerschütterlich fortschreitende Macht der Gewerkschaften ist sowohl bei den Arbeitenr als bei den Arbeitgebern erschüttert. Ein Teil der Arbeitgeber der trotz Kriegs- und Nachkriegszeit nicht zugelernt hat, neigt zum Rückfall in die Vorkriegs-scharfmacherei. Die weiterblickenden führenden Arbeitgeber betonen jedoch, daß die deutsche Arbeiterschaft eine andere geworden ist als vor dem Kriege und andere Behandlung erfordert. Aber der volkswirtschaftliche Druck, der auf Deutschland lastet, zwingt auch diese weitblickenden Arbeitgeber zur Opposition gegen unerfüllbare Arbeiterforderungen, und die Arbeiterorganisationen, unzufrieden mit diesem Gang der Dinge, können ihren Sturz von der Machthöhe nach der Revolution umsoweniger verschmerzen.

Das ist die schwierige politische und sozialpsychologische Lage, die alle gewerblichen Arbeiterfragen in Deutschland heute so viel komplizierter und zugleich bedeutungsvoller macht als vor dem Kriege. Dazu ist eine Reihe von ganz neuen Arbeiterfragen hinzugetreten: Achtstundentag, die Arbeitsstreckungsverordnungen, die Riesenentwicklung des Tarif- und Schlichtungswesens mit dem Tarif- und Schlichtungszwang, das Betriebsrätewesen, das breite Wachsen eines einheitlichen Arbeitsrechts und die internationale Organisation der Arbeit. Und über dem allen die Verschärfung der Probleme der Mechanisierung der Arbeit, begleitet von den zentralistischen Tendenzen in der Organisation der Arbeit, subjektiv in den Gewerkschaften, objektiv in den Großbetrieben und Konzernen mit ihren Rationalisierungs- und Bürokratisierungsnotwendigkeiten, und als Gegenwirkung gegen diese Mechanisierung der Arbeit die Auflehnungsbewegung, die statt des Menschen als versachlichtem Arbeitsinstrument wieder den Menschen als lebenshungrige, sittliche Persönlichkeit zur Geltung bringen will, selbst wenn darüber die ganze moderne Industriewirtschaft zu Bruche gehen sollte.

Die Problematik jener Arbeiterfragen, die gegenwärtig im Brennpunkt der praktischen Auseinandersetzungen in Deutschland stehen, steht damit in ihrer ganzen Schwere vor uns. Zunächst die Achtstundentagsfrage als kulturpolitisches, machtpolitisches, privat- und volkswirtschaftliches Problem nationaler und internationaler Art. Die besondere Lage Deutschlands nach zehnjähriger Kriegs- und Inflationsraubwirtschaft mit der furchtbaren Bürde der Reparationslasten fordert von Deutschland, die Produktionskostengesichtspunkte auch bei der Arbeitszeitfrage unbedingt in den Vordergrund zu stellen. Alle sozialpolitischen Hoffnungen und die auf verhältnismäßig wenige Beobachtungen gestützten Behauptungen von den Leistungssteigerungsmöglichkeiten bei verkürzter Arbeitszeit helfen uns nicht über die bittere Notwendigkeit hinweg, viel sparsamer und intensiver zu produzieren, und dazu muß bei der bisherigen Konkurrenzunfähigkeit gegenüber den Weltmarktpreisen und angesichts der Struktur zahlloser kleiner und Mittelbetriebe, die keine rationalisierten Schnellbetriebe kennen, eben auch eine stärkere Nutzung der Arbeitskraft erfolgen. Die starre Achtstundentagsnorm muß während der Reparationszeit elastisch durch Sondervereinbarungen der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften oder den Betriebsbelegschaften abgeändert werden können; natürlich unter strenger öffentlicher Kontrolle und unter Voraussetzung des freiwilligen Mitgehens der Arbeiterschaft, da erzwungene Mehrarbeit wenig wirksam wäre.

Die Zusammenhänge zwischen dem Arbeitszeitproblem und dem Lohnproblem sind nicht minder bedeutungsschwer. Das Arbeitslosenproblem in Deutschland ist nicht durch die zum Teil recht gefährliche Arbeitsstreckung, die uns in einen lähmenden Arbeitsschlendrian hineingerissen hat und die die unproduktiven Betriebskosten gegenüber den produktiven hat unerträglich anschwellen lassen, zu lösen, sondern nur durch Verbilligung und Konkurrenzfähigmachung der deutschen Produktion, die dann neue Arbeitsmöglichkeiten schafft. Beim Inlandsabsatz liegen die Verhältnisse allerdings etwas anders als beim Auslandsabsatz wegen der geringen Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung.

Der Kündigungsschutz, ein sehr altes sozialpolitisches Problem, wird gegenwärtig durch die Betriebsräte zumeist in einer für die Unternehmer erträglichen Form gehandhabt. Der Abbau des Personals erfolgte in manchen Fällen leider in einer bedenklich rigorosen Form und läßt in der Arbeiterschaft das bittere Gefühl aufkommen, als ob manche Arbeitgeber sich jetzt an den Arbeitern für ihre früheren Versündigungen an dem Betriebe rächen wollen.

Die neue Arbeitszeitverordnung befriedigt weder die Gewerkschaften noch die Arbeitgeber; die Gewerkschaften nicht, weil nun nicht mehr einfach der Gesetzgeber für die starre Aufrechterhaltung des Achtstundentages sorgt, sondern die Gewerkschaften selber den Kampf um die Arbeitszeit nunmehr neben dem Kampf um die Lohnhöhe betreiben müssen. Für manche Arbeitgeber ist der Zwang zur tarifvertraglichen Verständigung mit den Gewerkschaften über die Arbeitszeit unbequem, da sie lieber die Arbeitszeit einfach nach eigenstem Ermessen für ihre Betriebe zu diktieren wünschen. Der Tarifvertrag überhaupt aber ist bei den Arbeitgebern zunehmend in Mißkredit geraten, nicht mit Unrecht, weil die Nachkriegsentwicklung den Tarifvertrag infolge seiner zentralistischen und schematischen Anwendung vielfach zu einem plumpen Machtinstrument gemacht hat. Daneben hat die Tarifvertragstreue in der Nachkriegszeit außerordentlich gelitten, und andere Schwächen der Tarifvertragstechnik kommen hinzu. Trotzdem warnen weiterblickende Arbeitgeber vor solchen Bestrebungen des Unternehmertums, die auf eine völlige Unterdrückung des gesamten Tarifvertragswesens abzielen, weil daraus eine bedenkliche soziale und organisatorische Destruktion in den Industrien und unter den Arbeitern sich ergeben würde. Der Kampf gegen den Tarifvertrag auf der Arbeitgeberseite erfolgt gewöhnlich unter dem Schlagwort „gegen die Zwangswirtschaft im Tarif- und Schlichtungswesen". Diese Zwangstechnik, die allerdings durch die neue Schlichtungsordnung glücklicherweise wesentlich gemindert worden ist, ist gewiß eine bedenkliche Erscheinung der Nachkriegswirtschaft, aber sie ist leider ebenso wenig wie die Technische Nothilfe bisher zu entbehren gewesen.

Der Arbeitsgemeinschaftsgedanke hat noch nicht lebendigen Besitz von den beiden Parteien ergriffen, vielmehr ist er durch die bisherige Entwicklung in der Organisation stecken geblieben und darin erstickt. Praktische Neubelebung des Arbeitsgemeinschaftswillens, der sich innerhalb der einzelnen Unternehmungen in den Betriebsräten auswirken muß, ist ein wesentliches Erfordernis für eine künftige gesunde Lösung der entscheidenden gewerblichen Arbeiterfragen.

Wirtschafts- und Handelsteil.

Industrie / Handel / Verkehr.

Süddeutsche Bauindustrie A.-G. Mannheim. In der Generalversammlung wurde die Papiermarkbilanz für das erste Geschäftsjahr, die mit einem Verlust von 4934 Billionen Mark abschließt, genehmigt. Die Zehn Millionen Vorzugsaktien, sind in Stammaktien umgewandelt worden. Das bisherige Kapital von 200 Mill. Mark wurde zunächst auf 400 000 GM. umgestellt und dann auf 5000 GM. herabgesetzt, so daß eine Zusammenlegung von 40 000 : 1 stattfand. Nachdem die Verwaltung eine Erhöhung um 30 000 GM. vorschlug, ging aus der Versammlung der Antrag ein, um bis 45 000 GM. zu erhöhen, was einstimmig genehmigt wurde.

Fritz Maisch u. Co., Badische Buchhaltungs- und Steuerberatungsstelle für Handel und Gewerbe G. m. b. H. in Eppingen. Das Stammkapital der neugegründeten Firma beträgt 5000 Goldmark. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Treuhand-Büros, ferner Verlag und Vertrieb der vereinfachten amerikanischen Buchführung.

Schrieder G. m. b. H. in Heidelberg. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Hotels Schrieder in Heidelberg. Das Stammkapital beträgt 200 000 Mark.

Edmund Haendler und Söhne G. m. b. H. in Mannheim. Die kürzlich hier gegründete Firma hat zum Gegenstand ihres Unternehmens den Großhandel, die Fabrikation und Verarbeitung von Stahlen und Eisen aller Art sowie die Herstellung und den Handel von Maschinen und Werkzeugen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Goldmark.

Dr. Schünemann & Co. m. b. H., Revisions- und Treuhandgesellschaft Mannheim. Unter obiger Firma wurde eine Gesellschaft gegründet, die eine Treuhand-Gesellschaft betreibt. Das Stammkapital beträgt 5000 Goldmark.

Die Umstellung im Süddeutschen Zuckerkonzern. Endgültige Beschlüsse über die Umstellung in der Süddeutschen Zuckergruppe (Frankfurt, Waghäusel, Offstein, Heilbronn, Stuttgart, Rheingau, Worms usw.) liegen noch nicht vor. Sie dürften aber derart gefaßt werden, daß die Herabsetzung 25 bis 30 : 1 beträgt.

Peuvag, Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-A.-G. Druckerei-Filiale Mannheim in Mannheim. Die vorgenannte Firma wurde als Zweigniederlassung der Firma „Peuvag" Papier-Erzeugungs- und Verwertungs A.-G. in Berlin gegründet. Das Stammkapital beträgt 50 000 Goldmark.

Karl Lenz & Co. m. b. H. in Mannheim. Mit einem Stammkapital von 5000 Mark wurde hier die obige Firma gegründet, die den Betrieb eines Speditionsgeschäftes mit allen damit zusammenhängenden Geschäften ausführt.

Stöck & Fischer G. m. b. H. in Mannheim. Gegenstand des neugegründeten Unternehmens ist der Handel mit Kohlen und sonstigen flüssigen und festen Brennstoffen jeder Art. Das Stammkapital beträgt 400 000 Mark.

Fr. Knigge G. m. b. H., Zigarrenfabrik in Nastatt. Die Firma hat die durch Gesellschaftsbeschluß beschlossene Liquidation angezeigt.

Nimis & Schneider G. m. b. H. Walldürn. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Kruzifixen und polychromischen heiligen Figuren. Das Stammkapital beträgt 5000 Goldmark.

Schuhfabrik Herz A.-G. Frankfurt. Die ordentliche Hauptversammlung genehmigte die Papiermarkbilanz per 30. Juni, die einen Bruttogewinn von 679 834 Bill. Mk. und einen Reingewinn von 200 Bill. Mk. aufweist. Dieser wird vorgetragen. E.

Eine Frachtenkreditbank, die vor kurzem unter Mitwirkung führender deutscher Bankkreise ins Leben getreten ist, hat sich als Hauptaufgabe die Unterstützung des Ausfuhrhandels gesetzt, den sie durch Hergabe von Devisen zur Bezahlung von Seefrachten, Versicherungskosten, Konsulatsgebühren usw. fördern will. Ueber die Art der Durchführung dieser Aufgaben und die Voraussetzungen der Kreditgewährung berichtet die soeben erschienene Novemberausgabe der Vertraulichen Export-Informationen aus dem Verlag Leipzig Zentralstraße 7/9.

Aus der elsässischen Kali-Industrie. Die Société Commerciale Potasses d'Alsace, die gemeinsame Verkaufsorganisation der elsässischen Kaliminen, hat ein Verkaufsbureau in Wien errichtet um ihren Absatz im nahen Orient zu steigern. Teilweise erfolgt die Gründung auch wegen der deutschen Konkurrenz in Oesterreich. Die elsässischen Kaliminen haben in der letzten Zeit alle Anstrengungen gemacht, um ihre rückständigen Lieferungen einzuholen.

H. Fuchs Waggonfabrik A.-G. Heidelberg. Der Aufsichtsrat beschloß, die Umwandlung der Vorzugsaktien Serie B in Stammaktien und die Umstellung des dadurch auf 160 Mill. Mk. gebrachten Stammkapitals im Verhältnis 40 : 1 vorzuschlagen. Die Vorzugsaktien A sollen im Verhältnis 100 : 1 auf 60000 GM. zusammengelegt werden.

Nächste Dampfer-Expeditionen des Norddeutschen Lloyd Bremen. Nach Neuyork: ab Bremerhaven: D. Stuttgart am 25. 11., D. President Roosevelt am 28. 11., D. Bremen am 3. 12., D. Republic am 9. 12., D. America am 12. 12., D. Columbus am 13. 12. — Nach Philadelphia-Baltimore-Norfolk: ab Bremen: D. Porta am 20. 11., D. Hornfels am 9. 12. — Nach Cuba: D. Ulrich ab Bremen am 29. 11. — Nach Brasilien: ab Bremen: D. Minden am 6. 12., D. Hornsund am 27. 12. — Nach La Plata: D. Sierra Cordoba Passagiereinschiffung in Bremerhaven am 22. 11., D. Crefeld ab Bremen am 30. 11., ab Hamburg am 4. 12., Passagiereinschiffung in Bremerhaven am 6. 12., D. Sierra Ventana Passagiereinschiffung in Bremerhaven am 13. 12. — Nach Ostasien: ab Bremen: M. S. Rheinland am 22. 11., D. Schlesien am 22. 11., D. Lorenzo am 29. 11., M. S. Fulda am 6. 12. — Nach Australien: ab Bremen: M. S. Königsberg am 26. 11., D. Hamburg am 20. 12.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach Neuyork: D. Mount Clay am 20. 11., D. Westphalia am 27. 11., D. Mount Clinton am 2. 12., D. Albert Ballin am 6. 12., D. Thuringia am 6. 12., D. Deutschland am 18. 12. — Nach Kanada: D. Mount Clay am 20. 11. — Nach Boston-Philadelphia-Baltimore-Norfolk: D. Kyphissia am 28. 11., D. Westerwald am 19. 12., D. Monticello am 23. 12. — Nach der Westküste Nordamerika: M. S. Osiris ca. 22. 11., D. Holger ca. 6. 12., D. Sachsen ca. 20. 12. — Nach Südamerika Ostküste: D. Schwarzwald am 20. 11., D. Bayern am 29. 11., D. Sachsenwald am 13. 12., D. Wasgenwald am 20. 12. — Nach Südamerika Westküste: D. Planet am 22. 11., D. Nitokris am 29. 11. ein Dampfer am 10. 12. — Nach Cuba-Mexiko: D. August Leonhardt am 20. 11., D. Adalia am 24. 11., D. Toledo am 29. 11., D. Nord-Schleswig am 10. 12., D. Rio Panuco am 20. 12. — Nach Westindien: D. Haimon am 29. 11., D. Galicia am 13. 12., D. Sesostris am 3. 1. 25. — Nach Ostasien: D. Knight Companion am 22. 11., D. Schlesien am 26. 11., M. S. Rheinland am 29. 11., D. Lorenzo am 6. 12., M. S. Fulda am 13. 12., D. Brasilia am 17. 12. — Deutscher Levante- und Orient-Dienst: D. Nicea ca. 22. 11., D. Georgia ca. 22. 11., D. Cairo ca. 25. 11 — Hamburg-Rhein-Linie: wöchentlich ein Dampfer. — Nach Riga und Petersburg: wöchentlich ein Dampfer.

Die Geschäftsaufsicht über den Friseurmeister Gottlieb Springmann in Wolfach wird aufgehoben.

Konkurseröffnungen. Fahrzeug A.-G. Hailstadt, Gebrüder Knörzer in Neudenau.

Märkte.

Mostobstmarkt Stuttgart-Nordbahnhof.

Amtlicher Marktbericht vom 12. Nov. Seit 10. November wurden neu zugeführt 173 Waggon, nämlich: 75 aus Frankreich, 41 aus Italien, 20 aus Böhmen, 19 aus Oesterreich, 16 aus der Schweiz, 2 aus Süd- und Norddeutschland. Nach auswärts sind abgegangen 33 Wagen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo Aepfel aus Italien und Frankreich 750—930 M, aus den übrigen Ländern 950—1100 M. Markt lebhaft.

Amtlicher Marktbericht vom 14. Nov. Seit 12. November wurden neu zugeführt 184 Waggon, nämlich: 128 aus Frankreich, 21 aus Böhmen, 16 aus Oesterreich, 11 aus Italien, 4 aus der Schweiz, 1 aus Belgien, 1 aus Holland, 2 aus Süddeutschland. Nach auswärts sind abgegangen 68 Wagen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo Aepfel aus Italien und Frankreich 750—930 M, aus den übrigen Ländern 950 bis 1060 M. Markt mäßig belebt.

Am Montag, den 17. November findet in der Auktionshalle von Robert Hallmayer die dritte diesjährige Mostobst-Versteigerung statt.

*

Pforzheimer Edelmetallpreise vom 18. Novbr. Ein Kilo Gold 2805 Geld 2810 Brief, ein Kilo Silber 96.50 Geld, 97.25 Brief, ein Gramm Platin 14.75 Geld, 14.95 Brief.

Berliner Metallmarkt vom 18. Nov. Elektrolytkupfer 133.75, Raffinadekupfer 123.50—124.50, Originalhüttenweichblei 77—78, Originalhüttenrohzink 70—71, Remelted-Plattenzink 61—62, Originalhüttenaluminium 230—240, 99proz. 240 bis 250, Banka-Zinn 515—525, Hüttenzinn 505 bis 515, Reinnickel 315—325, Antimon-Regulus 109—112, Silber-Barren 96—97.

Bremer Baumwollenotierung vom 18. Novbr. Schlußkurs: Amerikanische Baumwolle fully middling colour 28 mm Staple loko 27.19 per engl. Pfund.

Magdeburger Zuckernotierung vom 18. Nov. 10 Tage: 16.75—17—17.25. Tendenz stetig.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Inflation in Spanien.

Aus Madrid bringen die Pariser Blätter sensationelle Angaben über die spanische Finanzlage. Der Banknotenumlauf habe im März 1923 3077 Millionen betragen, jetzt belaufe er sich auf 4326 Millionen. Das bedeutet, daß Spanien der Inflation entgegengeht.

Keine Verpfändung bayerischen Grund- und Waldbesitzes.

Die Nachricht eines pfälzischen Blattes von einem größeren bayerischen Anleiheprojekt in Amerika unter Verpfändung von staatlichem Grund- und Forstbesitz ist erfunden. Der bayerische Staat hat niemal einen Teil seines Grund- und Waldbesitzes zum Pfand angeboten.

Zum deutsch-französischen Handelsvertrag.

Für die Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag wurden vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft als Sachverständige für den Weinbau ernannt: Direktor Dr. Karl Müller in Karlsruhe, Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, und Weingutsbesitzer Dr. Friedrich von Bassermann-Jordan in Deidesheim.

Deutschland als Käufer französischer Kraftwagen.

Im Jahre 1924 führte Frankreich an Kraftwagen aus nach

	Personenwagen	Lastwagen
Großbritannien	5121	287
Deutschland	3721	269
Saargebiet	1205	293
Belg.-Luxemb. Zollunion	5019	345
Schweiz	1889	534
Algerien	2784	250
Spanien	3680	355

Deutschland nimmt folglich die zweite Stelle und Deutschland mit dem Saargebiet zusammen die erste Stelle ein in der Reihe der Käufer der französischen Wagen. — Doch eine recht pikante Statistik.

Der Kurszettel.

Wie verlautet, hat sich der Berliner Börsenvorstand mit den Vorständen der anderen deutschen Effektenbörsen wegen der Umstellung der Kursnotierungen auf die neue Reichsmark in Verbindung gesetzt. Falls die Rückäußerungen zeitig genug einlaufen, wird die Umstellung mit Beginn des nächsten Monats erfolgen.

Es wäre erfreulich, wenn der Kurszettel eine einheitliche Gestaltung bekommen würde.

Unnotierte Werte:

Alles in Billionen Mark.

Wir waren vorbörslich	Ver- Käuf.	Ver- käuf.		Käuf.	Verkäuf.
Adler Kali	18	00	Krügershall	50	—
Api	18	2	Landeswirtschaftsstelle für das Badische Handwerk	0.5	0.7
Bad. Motorlokomotivwerke	1	1.5	Italiano Chem.	1.0	2.0
Baldur	—	—	Meuerer Spritzgmet.	0.5	0.9
Becker Steinkohle	47	52	Moninger Brauerei	40	—
Becker Stahl	3.0	9.	Mtenbrg. Spinnerei	20	—
Benz	33	37	Nix Industrie- und Handels-A.-G.	.4	0.7
Brown Boveri Fr.	9	11	Petershre. Int.	25	33
Cont. Holzverwert.			Lastatter Waggon	33	37
Deutsche Lastauto	11	14	Rodi & Wienenberg	85	100
Deutsche Petroleum	12	14	Rossenbank	70	85
Germania Linoleum	90	—	Schahvag	1.6	1.0
Grindler Zigarren	16	23	Siche	27	33
Hydrokraftwerk Württemberg	16	20	Soman	85	95
Hansa Lloyd	9	11	Stahlhandels-A.G.	0.5	—
Heidelberg Vorz.-Akt.	370	10	Stocherräder	9	14
Ing.	10	13	Textil Meyer	1.6	2.3
Kasterkraftwerke	—	14	Turbo-Motoren Stgt.		0.6
Kabel Rheydt	43	47	Ufa	100	110
Kammerkirsch	0.05	65	Zuckerwaren Speck	0.4	0.9
Karstadt-Aktien	23	27			
Knorr	32	36			

Wertbeständige Anlagen in Billionen Mark das Stück.

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	3.5	10.5
5% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	10.5	11.5
5% Sächsische Braunkohlenwert-Anleihe	1.3	1.5
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	2.3	2.5
5% Neckarwerk-Anleihe	2.3	2.5
5% Preußische Kaliwert-Anleihe pro 100 kg	3.3	3.8
5% Sächsische Roggenwert-Anleihe pro Ztr.	40	—
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	1.4	1.7
5% Freiburger Holzwertanleihe pro Festmeter	—	—

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets Käufer und Verkäufer.

Baer & Elend, Bankgeschäft
Karlsruhe, Kaiserstraße 201, Telephon 223 235, 239.

Aus dem Stadtkreise

Das Leibgrenadier-Denkmal vor der Hauptpost.

Rund 60 Entwürfe eingegangen. — Zur Denkmalsenthüllung 1925. — Ausstellung der Entwürfe in der Städt. Ausstellungshalle.

Mit großem Interesse hat man in weitesten Kreisen der Karlsruher Bevölkerung dem Ergebnis des Preisausschreibens für Errichtung eines Leibgrenadierdenkmals vor der Karlsruher Hauptpost entgegengesehen. Zum Schlußtermin am Montag wurden nicht weniger als rund 60 Entwürfe, darunter 40 Modelle, beim Karlsruher Ausschuß der Leibgrenadiere eingeliefert, ein Beweis für das rege Interesse der Künstlerschaft an dem Zustandekommen des Denkmals für die gefallenen badischen Leibgrenadiere. Das Preisgericht wird nunmehr am nächsten Freitag zusammentreten, so daß mit der Bekanntgabe des Ergebnisses für Samstag gerechnet wird. Vom Sonntag, 23. November, mittags 1 Uhr an, sind die eingegangenen Entwürfe für das Leibgrenadierdenkmal im Obergeschoß der Städt. Ausstellungshalle auf 14 Tage ausgestellt, und es ist wohl zu erwarten, daß bei dem regen Interesse der Karlsruher Bevölkerung diese Ausstellung einen starken Besuch aufzuweisen haben wird. Die Ausstellung wird am Sonntag vormittag 11 Uhr offiziell in Anwesenheit geladener Gäste eröffnet.

Auch draußen im Lande bringt man der Frage der Errichtung eines Denkmals für die gefallenen Leibgrenadiere großes Interesse entgegen. Es haben sich jetzt schon über 100 Unterausschüsse in allen Teilen des Landes gebildet, um die Vorbereitungen zur Denkmalsenthüllung im Sommer 1925 zu treffen. In der letzten Wochen haben Versammlungen ehemaliger Leibgrenadiere in Oppenau, Donaueschingen und Bruchsal stattgefunden, die außerordentlich stark besucht waren und am Sonntag, 30. November, treffen sich die ehemaligen Leibgrenadiere in der Lörracher Gegend in Efringen zu einer kameradschaftlichen Zusammenkunft. In den letzten Wochen wurden Kameradschaften in Tauberbischofsheim, Weinheim, Bruchsal, Baden-Baden, Bühlertal, Waldshut, St. Blasien und Berlin gegründet. Das Nachrichtenblatt der ehemaligen Leibgrenadiere „Der badische Leibgrenadier" (Verlag Karlsruhe Postfach) fand überall lebhaften Anklang als Bindemittel unter den ehemaligen Angehörigen des Leibgrenadierregiments.

Der Finanzausschuß hat nunmehr ebenfalls seine Tätigkeit wieder aufgenommen und wird überall in den Kreisen der Karlsruher Bevölkerung um Spenden für das Denkmal werben. Gelegentlich der Ausstellung der Entwürfe im Obergeschoß der Ausstellungshalle ist allen Besuchern Gelegenheit gegeben, sich in aufliegende Listen mit freiwilligen Spenden einzutragen. Das Ergebnis des Preiswettbewerbs wird sofort nach Entscheidung des aus sachverständigen Künstlern zusammengesetzten Preisgerichtes bekanntgegeben werden.

*

10 Gebote für den Postverkehr.

Zur glatten und raschen Abwicklung des Postschalterverkehrs kann das Publikum viel beitragen, wenn nachstehende Regeln beobachtet werden:

1. Fertige Aufschriften, Telegramme usw. recht deutlich aus.
2. Wähle für deine Postgeschäfte möglichst nicht die Hauptverkehrsstunden.
3. Tritt an den richtigen, durch Inschriften bezeichneten Schalter von rechts heran.
4. Kaufe Marken, Postkarten usw. nicht in einzelnen Stücken, sondern in deinem Verbrauch angemessenen Mengen.
5. Klebe auf alle freizumachenden Sendungen die Marken vorher auf, auch auf Postanweisungen und Zahlkarten.
6. Halte das Geld abgezählt bereit, übergib größere Mengen Papiergeld stets geordnet.
7. Vermeide unnötige Fragen an die Beamten; belehre weniger gewandte Personen und hilf ihnen.
8. Lege gewöhnliche Briefsendungen in den Briefkasten, Briefsendungen in größerer Zahl gib geordnet am Schalter ab.
9. Fördere den bargeldlosen Zahlungsausgleich durch Anschluß an den Postscheck- und Bankverkehr.
10. Benutze bei eigenem stärkeren Verkehr die besonderen Einrichtungen (Posteinlieferungs-Bücher und Verzeichnisse, Selbstvorbereitung von Paketen und Einschreibbriefen).

Ruhestandsbeamte und Beamtenwitwen.

Zur Erreichung einer Besserung ihrer durchaus unzureichenden Versorgung haben, wie anderwärts im Reich, sich auch in Baden die Ruhegehaltsempfänger und Beamtenwitwen zusammengeschlossen. Es haben sich in Karlsruhe schon im Jahre 1918 ferner in Mannheim, Heidelberg, Offenburg, Freiburg u. a. O. solche Ortsvereine gegründet, die sich in der Folge zur einheitlichen und nachdrücklichen Vertretung ihrer Interessen zu einem Landesverein mit dem Vorstand in Karlsruhe vereinigten. Der Vorstand des Ortsvereins Karlsruhe, der, wie die übrigen Vereine, aus oberen, mittleren und unteren Beamten besteht, ist zusammen mit den Vorsitzenden der auswärtigen Vereine auch der Vorstand des Landesvereins. Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder ist ehrenamtlich. Der Landesverein bezweckt, die beamtenrechtlichen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu wahren und die Verbesserung der Ruhegehalte und der Hinterbliebenenbezüge nach Kräften auskömmlich und standesgemäß zu fördern.

Nach dem vom Badischen Landtag verabschiedeten Pensionsergänzungsgesetz sollen die Altruhegehaltsempfänger den nach dem 1. April 1920 in Ruhestand tretenden Neuruhegehaltsempfängern (desgleichen die Beamtenwitwen) gleichgestellt werden. Die Bestimmungen des badischen Beamtengesetzes über Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge sind zur Gleichstellung mit den für die Reichs- und anderen deutschen Beamten gültigen Bestimmungen teilweise verschlechtert worden.

Diese wie zahlreiche andere Fragen des Beamtengesetzes und der Besoldungsordnung (Teuerungszulage, Ortszulagen, Wohnungsgeldzuschüsse, Frauen- und Haushaltszulage u. a. m.) berühren die Ruhegehaltsempfänger und Beamtenwitwen tief und ihre Interessen können nur gewahrt werden, wenn sie sich wie die aktiven Beamten und Arbeiter, zusammenschließen. Aber nur große Organisationen mit einer großen Zahl Mitglieder können auf Erfolg rechnen. Der Landesverein der Ruhegehaltsempfänger und Beamtenwitwen hat sich deshalb auch an den Badischen Beamtenbund angegliedert; er gehört diesem Beamtenbund als Verein an und seine Mitglieder genießen die den Bundesangehörigen zustehenden Rechte, sowie alle Vorteile (Einkauf von Waren, Versicherungseinrichtungen, Krankenkassen, Erholungsheime usw.), die der Beamtenbund den Mitgliedern bietet.

Vom Badischen Beamtenbund werden bei Behandlung aller Fragen (beamtenrechtliche Fragen, wirtschaftliche und Teuerungsverhältnisse, Anschluß an andere Vereine, oberste Spitzenvertretungen, gemeinnützige Einrichtungen usw.) die Interessen auch der Ruhestandsbeamten und Beamtenwitwen gewahrt, und es wird darauf Bedacht genommen, daß die für seine eigenen Mitglieder zu erstrebenden Vorteile ohne weiteres auch den Ruhestandsbeamten und Beamtenwitwen zukommen. Der Landesverein pflegt außerdem noch Verbindung mit dem für Ruhestandsbeamte und Beamtenwitwen bestehenden Reichsverein in Berlin und steht besonders in fester Arbeitsgemeinschaft mit den süddeutschen Schwestervereinen in Darmstadt, München und Stuttgart.

In der letzter Tage abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins Karlsruhe (zurzeit rund 1000 Mitglieder) und des Landesvereins (mit nahezu 4000 Mitgliedern) wurde die Gewinnung neuer Mitglieder eingehend besprochen. Ruhestandsbeamte, die nicht oder nicht mehr Mitglieder ihres Fachvereins sind, also dem Beamtenbund nicht mehr angehören, sowie alle Beamtenwitwen sollten dem Verein der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen beitreten. Von dem Vorsitzenden, Geh. Oberregierungsrat a. D. Henn, wurden die Vereinsmitglieder lebhaft ermahnt, die noch außerhalb stehenden Ruhegehaltsempfänger und Beamtenwitwen unter Hinweis auf den Vereinszweck und die den Mitgliedern zukommenden wirtschaftlichen Vorteile für den Verein als Mitglieder zu gewinnen. Der Karlsruher Ortsverein hält regelmäßig am 1. Dienstag jeden Monats im Bundeshaus des Badischen Beamtenbundes (Nowacksanlage 19), mittags 3 Uhr, eine Mitgliederversammlung ab. Anmeldungen zum Eintritt in den Verein werden von jedem Vereinsmitglied oder auch in den Versammlungen entgegengenommen.

Die Bekämpfung des Kropfes.

Von der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns mitgeteilt:

Die vorbeugende Bekämpfung des Kropfes bei den Schulkindern mit kleinen Jodgaben, die sich in der Schweiz und in Württemberg seit mehreren Jahren bewährt hat, ist jetzt auch in Baden durch das Ministerium des Innern in allen stärker vom Kropf betroffenen Gegenden des Landes bei den Gemeindebehörden und Schulärzten angeregt worden.

Nach den vorliegenden umfangreichen Beobachtungen genügen für die vorbeugende Kropfbekämpfung sehr geringe Jodmengen. Die besonders im Ausland gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß Gaben, die noch vor wenigen Jahren als unbedenklich erschienen sind, im Laufe der Zeit keineswegs gleichgültige Gesundheitsstörungen hervorrufen können. Es war darum besondere Vorsicht in der Dotierung geboten, so daß jetzt, zumal bei der angeordneten amtlichen Ueberwachung, jede Gefährdung der Schulkinder ausgeschlossen ist.

Die fortlaufende Verabreichung des Mittels, die am zweckmäßigsten in Tablettenform erfolgt, geschieht einmal in der Woche in den in Betracht kommenden Gemeinden an die Schulkinder vom 6. bis 14. Jahre. Sie ist zunächst für die Dauer eines Kalenderjahres (mit Ausschluß der Ferien) vorgesehen.

Jedes Schulkind, für dessen Behandlung die vorgeschriebene, schriftlich eingeholte Zustimmung der Eltern vorliegt, wird vom Schularzt bezw. dem Arzt, der die vorbeugende Kropfbekämpfung leitet, vor der Zulassung zur Jodvorbeugung genau untersucht. Kränkliche, insbesondere nervöse Kinder und vor allem Kinder mit gesteigerter Erregbarkeit des Herzens, sind ausgeschlossen. Die Schulkinder werden während der Dauer der Jodvorbeugung vom Arzt überwacht. Für die Durchführung dieser für die Volksgesundheit so außerordentlich wichtigen Maßnahme ist die verständnisvolle Mitwirkung der Eltern und vor allem auch der Lehrerschaft unentbehrlich.

Bei dieser Gelegenheit muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß auch für Erwachsene aus jeder nicht vom Hausarzt verordneten und überwachten Einnahme jodhaltiger Mittel ernste gesundheitliche Gefahren entstehen können. Es kann daher vor derartigen Jodkuren, die ohne Zuziehung eines Arztes vorgenommen werden, nicht eindringlich genug gewarnt werden. Die in der Schweiz neuerdings eingeführte Methode, der Bevölkerung ein mit einem Jodzusatz versehenes Kochsalz zur Verfügung zu stellen, hat bis jetzt, trotz gewisser Erfolge, nach sachverständigem Urteil, noch nicht so eindeutige Ergebnisse gezeitigt, daß sie schon jetzt bei uns zur allgemeinen Einführung ohne Bedenken zugelassen werden kann.

*

Zur Reichstagswahl. Am 20. November läuft die Frist ab, innerhalb deren für die Reichstagswahlen die Kreiswahlvorschläge und die Zustimmungserklärungen der Bewerber zur Aufnahme in den Kreiswahlvorschlag bei dem Kreiswahlleiter einzureichen sind. Nichteinhaltung der Frist hat die Unwirksamkeit dieser Rechtshandlungen zur unvermeidlichen Folge, und zwar dergestalt, als seien sie überhaupt nicht vorgenommen worden.

M.E.G. im neubesetzten Gebiet. Im Fahrplanwechsel am 1. Dezember wird im neubesetzten Gebiet für die Reichsbahn wieder die mitteleuropäische Zeit eingeführt. Von der Regelung werden die Reichsbahndirektionen Essen und Elberfeld betroffen. Ob es auch möglich sein wird, bei den Besatzungsbehörden die Wiedereinführung der mitteleuropäischen Zeit im altbesetzten Gebiet für den Fahrplan durchzusetzen, hängt von dem Ausgang der noch schwebenden Verhandlungen ab.

Unfall. Gestern nachmittag stieß ein Lastkraftwagen beim Ueberholen einer Frau, die mit einem Leiterwägelchen auf der Ettlingerstraße fuhr, gegen einen Alleebaum und beschädigte diesen. An dem Kraftwagen ging eine Glasscheibe in Trümmer. Personen wurden nicht verletzt.

Achsenbruch eines Kraftwagens. Gestern nachmittag brach an einem Personenkraftwagen während der Fart zwischen Marktplatz und Kreuzstraße eine Achse. Personen kamen nicht zu Schaden.

Festgenommen wurden ein Metzger von Wössingen, der vom Amtsgericht Rottenburg wegen schweren Diebstahls gesucht wurde, eine Ehefrau von hier wegen Kuppelei, ein Kaufmann von Köln wegen Betrugs, 5 Ausländer wegen Vergehens gegen die Paßbestimmungen, 5 Personen wegen Bettels und 17 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Veranstaltungen.

Wahlversammlung der Deutschnationalen Partei. Am Donnerstag, den 20. November, findet abends 8.15 Uhr im Eintrachtsaal eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Partei statt. Der Redner des Abends, Professor Dr. med. A. Spuler aus Erlangen, wird über „Die Aufgaben der deutschnationalen Politik" referieren. Dr. Spuler, ein Karlsruher Kind, ist Mitglied des Bayerischen Landtages und stellvertretender Führer der bayerischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Partei. Auf der bayerischen Landeswahlliste steht Herr Dr. Spuler an zweiter Stelle, auf der ersten steht Exz. Großadmiral a. D. von Tirpitz. Er ist ein vorzüglicher Redner und namentlich über alle außenpolitischen Vorgänge und Notwendigkeiten ausgezeichnet orientiert.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann spricht erst am Samstag. Die Deutsche Volkspartei teilt uns mit: Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird, indem er damit Wünschen aus Angestellten-, Beamten- und Arbeiterkreisen folgt, nicht am Freitag, sondern erst am Samstag nachmittag um 4½ Uhr seine große Rede in der Festhalle halten, um auch diesen Gruppen die Möglichkeit zu geben, ihn zu hören.

Standesbuchauszüge.

Todesfälle. 18. Nov.: Theodor Ziegenhain, Rechnungsrat a. D., Ehemann, alt 70 Jahre; Dorothea Kunz, alt 87 Jahre, Witwe von Hermann Kunz, Fabrikarbeiter.

An der Südküste der Krim.

Aus Tagebuchblättern

von **P. Forschner** (Grenzach).

II.

Feodosia.

Wenn man aus der nördlichen Steppe kommend den letzten Hügelkamm erreicht hat, da tut sich mit einem Schlage plötzlich der weite Horizont auf und das herrlich blaue Meer spannt sich in großem Bogen. Lieblich in der Bucht gebettet liegt die schöne Stadt Feodosia — eine herrliche Fernsicht.

Ein früher Morgen an der Bucht von Feodosia ist ein wunderbares Farbenspiel und schon der alte Homer spricht nicht umsonst in seinen Gesängen von der rosenfingrigen Eos.

Dämmerung liegt noch auf den leise rauschenden Wassern des Meeres, murmelnd gleitet der feine Sand am Strand im Spiel der Wellen auf und nieder und dunkle Schatten hüllen die schlummernde Stadt. Kein Laut stört diese weiche Ruhe der späten Nacht. Da fährt plötzlich mit leisem Finger die Dämmerung über den fernen Horizont, ein Flackern entsteht, kleine Lichter huschen auf hoher See, der dunkle Bogen des Meeres in weiter Ferne nimmt allmählich einen Perlmutterton an, die Spitzen der Felsgehänge werden blaß — dann rot — golden, und mit einem Male schießt breit und flutend ein Bündel heller Lichter aus den Wassern am Horizont und das Meer leuchtet auf, und siegreich und majestätisch erhebt sich der Sonnenball aus den weiten Wassern und steigt höher; das hellgraue Gewölk geht langsam in blaßviolette Töne über die sich allmählich über Land und Schiff — über Meer und Strand — über Stadt und Berge legen, und eine wunderbare Harmonie zu dem auffallend veilchenblauen Meere geben. Es kommen gelbrote Töne, die wieder ganz leise in ein lichtes Grün verschmelzen, um beim weiter hochsteigenden Tagesgestirn langsam im hellblauen Himmel zu verblassen.

Aber der Abend und die Nacht ist fast noch schöner hier. Mühsam klettert das Pferd, das sich langsam an das Gelände gewöhnt hat, in die Felsgehänge hinter der Stadt im Westen hinan. Die Sonne ist untergegangen und hat den Himmel mit einem gewaltigen Strahlenfächer bedeckt. Langsam verblassen die Spitzen der hohen Berge im roten Gold. Ein leichtes Rosa färbt die Weiten am fernen Horizont, das Meer verliert seine schönen Farben, die Töne werden blasser, dunkle Tinten überziehen die weiten Wasser. Langsam senken sich die Schleier der Nacht, schwarz und schwärzer werden die Wogen der Bucht schnell verschwindet der Tag. Ueber mir steht bald der dunkelnde Himmel in seiner blaugoldnen Pracht und verliert sich in der Unendlichkeit des Raumes. Nicht wie in unseren Breiten, wo die Gestirne wie in einer Schale als kleinere und größere Lichtpunkte in scheinbar gleicher Entfernung von der Erde sich befinden, leuchten sie in der klaren Luft hier im Süden, sondern sie traten nach Größe und Entfernung gestuft deutlich aus dem Weltenraume. Ich habe allmählich einen höher gelegenen Teil des Berges erreicht, fast eben führt der kleine Pfad auf der großen Felsenstufe dahin. Wie riesige Ungeheuer erscheinen die schwarzen Kuppen der Berge zu meiner Rechten. Es ist eine lauwarme Nacht, und bald steht goldigweiß der Mond am perlmutterfarbenen Himmel und weit in herrlichem Bogen dehnt sich das Meer, wie mit einem weichen matten Silberschein übergossen. Fern tönt das Brausen und Tosen zu mir herauf über das hohe Felsmassiv. In mächtigem Bogen zieht sich der Gebirgsstock mit seinen Kuppen nach Südwesten hinüber.

Eine tiefe Stille lagert ringsum, weiß und schimmernd liegt Feodosia dort unten und einzelne Lichter aus den Häusern flimmern. Zusehends heller wird die Nacht. Wie aufgelöst ist jeder Zusammenhang hier oben auf felsiger Höhe mit der Tiefe. Starr und unpersönlich steht um mich die düstere Einsamkeit der dunklen Nacht und gewaltig, fast erdrückend wirkt auf mich die Unendlichkeit des Raumes über dem weiten Meere.

Der Weg führt zurück durch ein wildes Tal, vorüber an einem großen Besitz einer tartarischen Ansiedlung; verödet und verfallen recken sich die gespenstischen Mauerreste gegen den Himmel. Geheimnisvoll steht Fels und Busch am Wege, es raschelt im Grase und Geröll, Eidechsen und kleine Insekten huschen und zirpen, ein Vogel flattert im Schlafe gestört, da stutzt mein Pferd, mitten auf dem mondbeschienenen hellen Pfade rollt eine Kugel, stachelig ragen die langen Borsten. Ein spitzes Näschen wittert, hell glänzt das stachelige Ding, dann rollt der kleine Igel den Weg hinunter und verschwindet im Gebüsche. Immer mehr senkt sich der Pfad zur Stadt das weiße Mondlicht kommt über die vielen kleinen Dächer des Tartarenviertels von Feodosia und flutet über den dunklen Ziegeln wie silbernes Wasser. Ueber den First eines nahen Hauses schleicht eine Katze und steht einen Augenblick so ganz vom Mondlicht umflossen als ob ihr dunkler Pelz silberne Funken sprühe.

Feodosia liegt reizvoll in weitem Bogen an seiner Bucht und vom Ufer aufsteigend an den Berghängen. Der Volksmund nennt nicht umsonst Feodosia ein Gottesgeschenk. Mehrere alte Tore und Türme zeugen noch von dem einstigen Glanz aus der Genueserzeit; Moscheen, öffentliche Bäder, ein Observatorium auf der Höhe, der Chanpalast, Reste der früheren Umfassungsmauern, die Kathedrale Alexander Newskys, schöne Gasthäuser und anderes mehr. Ein Altertumsmuseum liegt allein auf vorspringendem Fels inmitten der Stadt in Form eines tempelartigen Baues. Dort drüben am Ufer an der äußersten Ecke nach Südwesten liegt die Karantäne-Station, durch deren Hallen und Höfe nur die Pilger, die von Mekka kamen, wieder europäischen Boden betreten durften. Der Badestrand von Feodosia ist herrlich mit seinem feinen Sand und er wird wohl nur von jenem bei Eupatoria an der Westküste der Krim übertroffen. Aber die Trinkwasserverhältnisse der Stadt sind sehr schlecht. Reich ist jährlich die Nußernte und Obst gibt es in herrlichen Arten. Die Bucht ist fischreich, es finden sich auch Austernbänke.

Feodosia war schon zu Zeiten der alten Taurier ein Handelsplatz. Die Vergangenheit der Stadt reicht weit in prähistorische Zeiten zurück. Griechen aus Milet sollen ihr den Namen gegeben haben in der Zeit etwa 500 v. Chr., und diese sind wohl auch als die eigentlichen Gründer der Stadt anzusprechen. Etwa im 5. Jahrhundert nach Chr. ist Theodosia, wie es damals genannt wurde, von den Hunnen zerstört worden und damit war zunächst die Stadt als Handelsplatz auf der Halbinsel ausgeschaltet und die Blütezeit von Sudak begann. Später machten dann die Türken Stary-Krim zur Hauptstadt ihres Chanates und noch später die Stadt Baghchisarai. Unter der Türkenherrschaft setzten sich an der Stelle des zerstörten Theodosia Genuesen fest und gründeten das berühmte Kaffa, das sie zu hoher Blüte brachten, denn die Stadt soll damals mehr als 150 000 Einwohner gehabt haben. Alle wichtigen Küstenplätze am Nordrand des Schwarzen Meeres waren Kaffa untertan. Aber die Herrlichkeit dauerte wieder nicht lange, bis 1475; die Einwohner der reichen Hansastadt waren im Wohlleben und Ueberfluß derart verweichlicht, so daß Theodosia ohne Widerstand eine Beute der Türken unter Mohemed II. wurde. Nach der Eroberung begann dann langsam der einstige Glanz zu verblassen, und besonders die Verschwendungssucht der tyrannischen Sultane bewerkstelligte die Verarmung des einst so reichen Gebietes. Unter der russischen Herrschaft wurde Feodosia Kreis- und Hafenstadt. Die Regierung des Zaren suchte den verblichenen Glanz der alten Stätte wieder herzustellen und erklärte von 1798 an für 30 Jahre den Hafen als Freihandelsplatz. Die Bevölkerungszahl nahm auch zu, fremde Kaufleute siedelten sich an, aber in den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts ging der Handel mit dem Wegzuge der Türken wiederum zurück und erreichte im Jahre 1850 seinen tiefsten Stand. Ganz langsam nahm dann nach diesen Jahren die Bedeutung Feodosias nochmals zu, vor allem, nachdem Sewastopol 1899 als Handelshafen geschlossen wurde; aber in unserer Zeit wird die Stadt kaum mehr zu einem bedeutenden Handelsplatze sich emporarbeiten können, ganz abgesehen von den unglücklichen Verhältnissen der letzten Jahre nach dem Sturz des Zarenreiches, denn Odessa, Kertsch, Berdiansk und nicht zuletzt Noworossisk sind infolge ihrer günstigeren Lage zu mächtige Konkurrenten.

Als ich im August zum letzten Male Feodosia von Sewastopol aus besuchte, lag die Stadt in brütender staubiger Sonnenhitze. Wir badeten zwei- und dreimal im Tage, es war entsetzlich heiß, tags im Sattel war für Pferd und Reiter ein Schwitzbad. Abends am Strande, da war es kühl, wenn der glühende Sonnenball hinter den blauvioletten Bergkuppen verschwunden war und wenn ein blutender Himmel kurze Zeit rosigrote Flecken auf die weiten Wasser streute und eine leichte Brise vom Meere her stand, da atmete alles auf — Mensch und Tier. —

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Badische Politik

Ermäßigung der badischen Grund- und Gewerbesteuer.

Das Staatsministerium hat auf Antrag des Finanzministers beschlossen, im Anschluß an die Senkung der Reichssteuern und in Vollzug der Vereinbarungen der Länderregierungen mit dem Reichsfinanzminister dem Landtag für das Rechnungsjahr 1924 eine Senkung der Grund- und Gewerbesteuer vorzuschlagen. Diese soll allgemein in der Weise ermäßigt werden, daß in der letzten, am 15. Februar 1925 fälligen vierteljährlichen Teilzahlung nur die Hälfte erhoben wird. Dies kommt einer Senkung der im Artikel 6 des Finanzgesetzes für das Jahr 1924/25 auf 32 bis 46 Pfg. festgesetzten Steuerfüße um durchschnittlich 5 Pfg. gleich. Dem Landtag wird bei seinem Wiederzusammentritt ein dahingehender Gesetzentwurf zur Beratung und Entschließung vorgelegt werden. Die Höhe der Grund- und Gewerbesteuer für das Jahr 1925 hängt von der bevorstehenden Neuregelung des Finanzausgleiches durch den neuen Reichstag, sowie von der Umstellung der Grund- und Gewerbesteuer auf Wert und Ertrag ab, für die zur Zeit im Finanzministerium ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wird.

Die Zuschüsse an die Kirchen.

Der dem Landtag vorliegende Gesetzentwurf über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln sieht vor, daß die Zuschüsse an die Kirchen über den 31. Dezember 1924 hinaus bis zu Ende des Jahre 1928 in dreifachem Betrage weiter geleistet werden sollen. Es kämen sonach in Frage: 900 000 ℳ für die evangelischen Pfarrer 1 050 000 ℳ für die römisch-katholischen Pfarrer und 24 000 ℳ für die altkatholischen Pfarrer. Der Landtag hat bekanntlich am 7. November einen Antrag angenommen, wonach bis zur Neuregelung des Dotationsgesetzes die Kirchen auf Verlangen zwei Quartale des seitherigen Zuschusses erhalten sollen.

Das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt.

Die Regierung hat die landesgesetzliche Regelung der Fürsorgepflicht auf Grund des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt bis zum 1. Januar 1925 als unmöglich erklärt. Der zwischen dem 1. April und dem 31. Dezember 1924 liegende Zeitraum ist angesichts der Fülle der zu lösenden Aufgaben zu kurz. Auch will man die Erfahrungen der Bezirksfürsorgeverbände verwerten. Der Landtag wird sich erst im nächsten Jahre mit dem umfangreichen und wichtigen Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt befassen können. Die dafür vorgesehene Frist soll deshalb formell ausdrücklich verlängert werden und zwar bis zum 1. Januar 1926. Dies geschieht in einer Gesetzesvorlage, die der Landtag demnächst verabschieden wird.

Zum Ausbau des Neckarkanals.

dz. **Heidelberg**, 18. Nov. Die Nachricht, daß der Südwestdeutsche Kanalverein auf seiner Stuttgarter Tagung beschlossen hat, sich für den beschleunigten Ausbau der Kanalstrecke Mannheim—Heilbronn—Plochingen einzusetzen, rückt wiederum die Gefahr, daß die Stadt Heidelberg und insbesondere das Neckartal eine nicht wieder gutzumachende Schädigung erleidet, in bedrohliche Nähe. Auch das Schicksal der alten Brücke würde damit besiegelt sein. Die Kanalgegner rüsten sich, um mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Schädigung Heidelbergs hintanzuhalten.

Aus Baden

Die Gebäudesondersteuer.

Die Ergebnisse der Veranlagung zur Gebäudesondersteuer stehen nunmehr fest — Berichtigungen in geringem Umfang vorbehalten —. Nach den langwierigen Beratungen des Gesetzentwurfes im Landtag und nach den heftigen Auseinandersetzungen, die sich dabei insbesondere auch über die Befreiungen und die Ermäßigungen ergeben haben, wird es von Interesse sein zu erfahren, daß sich nunmehr die Steuerwerte und die Steuerbeträge in folgender Weise auf die verschiedenen Gemeinden verteilen:

Auf-	Gebäudesondersteuerwerte ℳ	Monatl. Steuerbetrag für Land und Gemeinden ℳ
12 Städte: Baden, Bruchsal, Durlach, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Lörrach, Mannheim, Offenburg, Pforzheim	2 429 156 300	1 943 325
45 Gemeinden mit 4000 bis 15 000 Einwohnern	440 344 600	352 275
etwa 380 Gemeinden mit 1000—4000 Einwohnern	505 300 300	404 240
etwa 1134 (einschließlich der Nebenorte 1350) Gemeinden unter 1000 Einwohnern	257 618 300	206 094
zusammen:	3 632 419 500	2 905 934

Von den rund 4,7 Milliarden Mark Steuerwerten der Gebäude, die der allgemeinen Gebäudesteuer unterliegen, bleiben hiernach von der Gebäudesondersteuer mehr als 1 Milliarde Mark Steuerwerte frei.

Süddeutscher Eisenhändler-Verband.

v. **Karlsruhe**, 19. Nov. Die am 29. Juni d. J. gegründete Bezirksgruppe Karlsruhe-Pforzheim des Süddeutschen Eisenhändler-Verbands (Landesgruppe Baden) hielt am 11. November unter dem Vorsitz des Syndikus der Landesgruppe Baden, Rechtsanwalt Dr. Loeb-Mannheim hier ihre erste Monatsversammlung ab. Der Süddeutsche Eisenhändler-Verband ist ursprünglich im Jahre 1920 als eine Organisation der Stabeisenhändler gegen das Uebergewicht des Großhandels in der Süddeutschen Eisenzentrale gegründet worden. Im November 1923 hat sich der S.E.V. neu konstituiert, und er ist heute in erster Linie eine Organisation des Eiseneinzelhandels in Stabeisen, Blechen, Röhren, Grobeisen- und Eisenkurzwaren, sowie Haus- und Küchengeräten. Der Verband hat seinen Hauptsitz in Nürnberg und umfaßt Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und die Rheinpfalz. Die badische Landesgruppe ist genau vor einem Jahre am 11. November 1923, in Mannheim gegründet worden. Der Rührigkeit ihres Syndikus, Herrn Dr. Loeb-Mannheim, und ihres stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Ludwig Leupold-Heidelberg, ist es gelungen, zum ersten Mal eine sich über ganz Baden erstreckende Organisation des Eiseneinzelhandels zu schaffen.

Die badische Landesgruppe zählt heute rund 800 Mitglieder, und es sind ihr, mit wenigen Ausnahmen, fast alle badischen Eiseneinzelhändler, insbesondere die maßgebenden Firmen angeschlossen. Die badische Landesgruppe hat ihren Sitz und ihre Geschäftsstelle in Mannheim, im übrigen ist sie gemäß den 11 Kreisen des Landes in Bezirksgruppen eingeteilt.

In der Versammlung berichtete zunächst der Vorsitzende über die bisher geleistete Verbandsarbeit, und es wurden dann organisatorische Fragen besprochen. Ferner berichtete der Vorsitzende über Maßnahmen zur Erlangung besserer Zahlungsziele, gegen Preisunterbietungen und Aehnliches.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab:

Vors., gleichzeitig Verwaltungsratsmitglied der Landesgruppe: Herr Karl Röckl, Karlsruhe. Stellv. Vorsitzender: Herr Simon Rosenberger, in Fa. Külsheimer Nachf., Pforzheim. Schriftführer: Herr Max Schloßberger, in Fa. Rudolf Schloßberger, Bruchsal. Rechner: Herr Waldemar Kuttner, Durlach. Beisitzer: Herr Adolf Rettig, in Fa. Rettig & Köhler, Ettlingen.

Sodann wurden noch verschiedene Berufsfragen erörtert, insbesondere die Organisation des Verkaufs von Gasherden auf Abzahlung durch Vermittlung der kommunalen Gaswerke. Der Vorsitzende teilte mit, daß diese Sache in Mannheim sehr gut in der Weise geregelt sei, daß das Gaswerk ein Musterlager unterhalte, aber nichts verkaufe, der Verkauf erfolge vielmehr ausschließlich durch die einschlägigen Geschäfte; das Gaswerk zahle die Rechnung beim Eisenhändler und erhebe den Rechnungsbetrag in 20 Monatsraten mit den Gasrechnungen. Er empfahl der Bezirksgruppe, ein gleiches Verfahren auch für die Gemeinden der Bezirke Karlsruhe-Pforzheim zu erstreben.

Nachdem die sehr gut besuchte Versammlung noch 6 Firmen als neue Mitglieder aufgenommen hatte, wurde sie vom Vorsitzenden mit den besten Wünschen für die weitere Entwicklung der Bezirksgruppe Karlsruhe-Pforzheim nach dreistündiger Dauer geschlossen. Der gute Besuch und die Aussprache hatte bewiesen, daß die Organisation auch im Bezirke Karlsruhe feste Wurzeln geschlagen hat. X.

Eisenbahnunfall im hessischen Bahnhof Mannheim.

tu. Mannheim, 19. Nov. Infolge Versagens der Bremse lief heute früh 7.20 Uhr ein in den hessischen Bahnhof einfahrender Güterzug auf die Drehscheibe vor dem Empfangsgebäude auf und bohrte sich etwa einen Meter tief in den Zement des Bahnsteiges fest. Drei Wagen hinter der Maschine wurden stark beschädigt. Der erste Wagen wurde zusammengeschoben, die beiden folgenden offenen Güterwagen stellten sich gegenseitig in die Höhe und fielen auf einen dritten Wagen, der auf einem Nachbargeleise stand. Von dem folgenden vierten Wagen wurde die Vorderwand eingedrückt. Personen wurden nicht verletzt. Das gefährdete Zugpersonal konnte sich durch Abspringen retten. Der Sachschaden ist groß.

Neue Brandfälle.

dz. **Welschingen**, 19. Nov. Gestern mittag brach im Hause des K. Stark ein Brand aus, der rasch um sich griff und auch das Nachbargebäude ergriff. Während das Anwesen des Stark vollständig vernichtet wurde, gelang es, das benachbarte Anwesen zum Teil zu erhalten. Auch das benachbarte Haus einer Frau Arbogast war stark gefährdet, doch konnte die rasch eingreifende Feuerwehr dieses Haus retten, während in demselben immerhin ein erheblicher Materialschaden entstand. Die Fahrnisse verbrannten zum großen Teil, das Vieh konnte glücklicherweise vom Flammentode bewahrt werden. Die Brandursache ist noch nicht genau festgestellt.

dz. **Bräunlingen**, 19. Nov. Der dritte Brandfall, der auf die von Donaueschingen und Hüfingen in kurzer Frist folgte, ereignete sich gestern hier. Um 8.15 Uhr brach im Hause der Witwe Karl Fehrenbach, Kolonialwarenhandlung, Feuer aus, das den ganzen Dachstuhl, auf dem viele Materialien, besonders Tabakware, lagerte, erfaßte und den oberen Stock des Wohngebäudes schwer in Mitleidenschaft zog. Die Bräunlinger Motorspritze betätigte sich sehr gut und verhütete, daß das Feuer auf die eng zusammenhängenden Häuser des „Alten Bock" übergriff. Um 9 Uhr war die Gefahr beseitigt. Der noch übrig gebliebene Teil der Wohnung, sowie auch des Kaufladens haben unter den Wassermassen sehr gelitten. Die Brandursache konnte auch hier noch nicht festgestellt werden.

dz. **Bettingen**, 19. Nov. In dem Wohnhaus des Schreiners Gottl. Grün brach ein Brand aus, der durch die Feuerwehr und tatkräftige Mitarbeit der Ortseinwohner nach 1½ Stunden gelöscht werden konnte. Der Dachstuhl brannte vollständig aus.

*

dz. **Ettlingen**, 19. Nov. Bei den vorgestrigen Krankenkassenwahlen erhielten bei etwas über 31%iger Wahlbeteiligung die Christlich-Sozialen 13 und die Freien Gewerkschaften 17 Sitze.

dz. **Pforzheim**, 19. Nov. Zu der Nachtkirchweih im benachbarten Steinegg war eine Anzahl Pforzheimer Elektrizitätsinstallateure mit einem Auto nach Steinegg gekommen. Im „Kamm" gab es dann gegen 1 Uhr nachts Streit, wobei der Chauffeur des Autos, der ledige 31jährige Christian Pfeffer aus Pforzheim, von dem verheirateten 35jährigen Heimarbeiter Ernst Essig von Steinegg, Vater von fünf Kindern, in den Hals gestochen wurde. Die Verletzung ist lebensgefährlich, da die Halsschlagader getroffen wurde. Pfeffer wurde mit dem Auto ins Pforzheimer Krankenhaus übergeführt. Der Messerstecher ist verhaftet.

= **Pforzheim**, 18. Nov. Am 11. November fand im Saale des Kaiserhofes die Versammlung der verbandszugehörenden ländlichen Kreditvereine des Bezirkes Pforzheim unter dem Vorsitz von Landesökonomierat Schittenhelm, Augustenberg, statt. Bezirksleiter Heeb referierte über die Verhältnisse zurzeit der Inflation und der Rentenmark und ging dann auf die heutigen Zeitverhältnisse ein, die unter dem Zeichen der Reichsmark stünden. Unter Berücksichtigung der Verdienste der ländlichen Kreditgenossenschaften bei der Beschaffung der Kredite für die Landwirtschaft äußerte sich der Referent hauptsächlich über den inneren Aufbau der Kreditkassen, um der erhöhten Inanspruchnahme in heutiger Zeit gerecht werden zu können. Die Kreditkassen müßten in ihrem Ausbau immer weiter fortschreiten: vom ländlichen Kreditverein zur Dorfbank. Direktor Kundel der Bad. Landwirtschaftsbank Karlsruhe sprach von der Beschaffung der Landwirtschaftskredite durch die deutsche Zentralgenossenschaftskasse in Berlin. Die Diskussion, an der sich Oekonomierat Geiß, sowie die sehr zahlreich erschienenen Vertreter der verbandszugehörenden Kreditgenossenschaften beteiligten, war äußerst anregend.

n. **Ubstadt** (Amt Bruchsal), 18. Nov. Letzte Nacht gegen 12 Uhr brach in dem Anwesen des Bäckermeisters Schorich (nahe beim Rathaus gelegen) hier ein Brand aus. Die sofort herbeieilende Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken, sodaß nur das obere Stockwerk eingeäschert wurde.

tu. **Mannheim**, 19. Nov. In ihrer Wohnung in der Unterstadt wurden die 57jährige Frau und die 27 Jahre alte Tochter des Tünchers Seyez tot aufgefunden. Sie hatten sich in der Küche mit Leuchtgas vergiftet. Der Gatte und Vater der beiden liegt infolge eines Unglücksfalles im Krankenhaus hoffnungslos darnieder und dieser Umstand dürfte der Beweggrund zu der Tat gewesen sein. — Ein eigentümlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag am Neckar bei einer Bootsüberfahrt. Das Auto des Flaschenbierhändlers Wagner aus Feudenheim rollte infolge Versagens der Bremse rückwärts in den Neckar. Wagner, der mit in den Strom gerissen wurde, konnte sich durch Schwimmen retten, während der Kraftwagen in den Fluten versank.

tu. **Fußbach**, 19. Nov. Auf dem im vergangenen Jahr neu angelegten idyllisch gelegenen Waldfriedhof der Kreispflegeanstalt sind 70 Pfleglinge beerdigt. In Gegenwart des Kreisvorsitzenden Goldreich (Oberkirch) und der übrigen Mitglieder des Kreisonderausschusses fand am letzten Sonntag die Weihe des neuen Kreuzes für den Friedhof statt. Es stammt aus der Kunstwerkstätte des Bildhauermeisters Peter Valentin in Offenburg. Im Anschluß an die Weiheansprache des Anstaltsgeistlichen Steinbrenner hielt der Kreisvorsitzende eine Rede, in der er dem Danke Ausdruck gab über das gelungene Kunstwerk. Wie man hört, soll nun auch die waldgärtnerische Bepflanzung des Friedhofes durchgeführt werden.

tu. **Offenburg**, 19. Nov. Die hiesige Schützengesellschaft hielt in Gengenbach ihr Schluß- und Königsschießen ab, verbunden mit einem kleinen Preisschießen. Bei dieser Gelegenheit schoß auch die Schützengesellschaft Gengenbach ihren König aus. Den besten Treffer auf der Offenburger Königsscheibe erzielte Kahn-Gengenbach. Den besten Treffer auf der Königsscheibe Gengenbach erschoß sich Karl Huber.

tu. **Freiburg**, 19. Nov. Im Alter von 69 Jahren ist hier der weit über Deutschlands Grenzen bekannte Pastor Samuel Keller an einem Herzleiden gestorben. Der 1856 auf der Insel Oesel Geborene war zu Beginn seiner seelsorgerischen Tätigkeit Pfarrer deutscher Kolonisten auf der Halbinsel Krim, wo aber infolge seines unerschrockenen mannhaften Eintretens für den evangelischen Glauben, namentlich in einem Brief an den Zaren ein längeres Verweilen für ihn unmöglich wurde. Nachdem er dann einige Zeit in Düsseldorf amtiert hatte, verbrachte er die letzten zwei Jahrzehnte seines Lebens in Freiburg, von wo aus er Evangelisationsfahrten durch Deutschland, durch die Schweiz und durch Oesterreich unternahm.

= **Konstanz**, 19. Nov. In der jüngsten Bürgerausschußsitzung gelangte ein Antrag des Stadtrats gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zur Annahme, wonach die Erhebung der Fremdensteuer bis zum 31. März 1925 wegfallen soll. — Ferner lag ein Antrag des Stadtrats vor, der den Ankauf der Elsaß-Lothringer Häuser um den Kaufpreis von 12 000 M. empfiehlt. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. — Ein weiterer stadträtlicher Antrag beschäftigt sich mit der Vergrößerung der Uebergangsstation Ergatshausen, wozu 90 000 ℳ angefordert werden. Nach längerer Aussprache wurde diesem Antrag mit Mehrheit ebenfalls zugestimmt.

Aus der Pfalz.

Die Pfälzer Haus- und Grundbesitzer.

lz. **Neustadt** a. d. Hdt., 18. Nov. Von einer Protestversammlung des Verbandes Pfälzischer Haus- und Grundbesitzervereine gegen die Wohnungszwangswirtschaft wurde nach einem Vortrag von Dr. Raab-Essen über das Fiasko der Wohnungszwangswirtschaft eine Entschließung angenommen, in der der Verband Pfälz. Grund- und Hausbesitzervereine die Hauszinssteuer als die ungerechteste und am schwersten belastende Steuer, die je einem Stand zugemutet wurde, in der festgesetzten Höhe ganz entschieden ablehnt, weil sie für den Hausbesitzer unmöglich tragbar ist und dem Staat nichts Nennenswertes für Wohnungsbauten einbringt, da der größte Teil davon für andere Zwecke und für Verwaltungskosten verbraucht werde. Im übrigen wird in der Entschließung schleuniger Abbau und im weiteren Verlauf gänzliche Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft verlangt und vor allen Dingen die den Hausbesitzern seitens der bayerischen Regierung längst versprochene Erhöhung der gesetzlichen Mieten auf die Friedensmiete gefordert.

*

Kandel (Pfalz), 17. Nov. Das gestrige erste Konzert des Männergesangvereins Liederkranz unter der tüchtigen Leitung seines Vorstandes Karl Schwarz konnte ein zahlreich erschienenes Publikum im Saale „Zur Pfalz" in echte musikalische Stimmung versetzen. Die Auswahl des Programmes überbot die allgemeinen Konzertarten und der Einfluß der Melodien mochte begeistern. Der Verein verfügt über gutes Stimmaterial und ist unter der vortrefflichen Leitung seines Dirigenten Karl Lutz aus Knielingen befähigt, selbst schwierigste Partien zu bemeistern, alles ist eine Seele, ein Gemütsgesang, echt deutsch und jeder gibt sein Bestes zum Gelingen. Als Gesangssolist war Konzertsänger Otto Wieber aus Karlsruhe gewonnen. Er verfügt über metallklingende, farbenreiche Stimmittel. Als Klavierspieler wirkte der jugendliche Hermann Bischler aus Maximiliansau mit und durch das Anpassen an die Solisten in der Begleitung errang er sich volles Lob. Als Violinsolist wirkte Herr Karl Certain aus Maximiliansau mit und erntete durch sein seelenvolles Spiel viel Beifall. Der Schlußchor des Liederkranzvereins wirkte kernig. Der Verein kann mit Stolz auf den schönen Verlauf des Konzertes blicken. Eine gemütliche Nachfeier beschloß den Konzerttag.

dz. **Landau**, 19. Nov. Am Mittwoch wurde der Bahnarbeiter Ludwig Hertel beim Hotel Körber hier von acht streikenden Maurern überfallen und dabei von dem Maurer Schwab von hier und einem gewissen Wagenblatt von Arzheim durch Faustschläge und Fußtritte mißhandelt. Der Ueberfallene war von der Firma Ecker Söhne als Wächter an dem Neubau an der Reiterstraße aufgestellt.

tu. **Ludwigshafen**, 18. Nov. Die 20 Jahre alte Tochter eines hiesigen Glasermeisters wurde kurz vor ihrer elterlichen Wohnung von zwei Burschen überfallen und ihr die Aktenmappe, die 27 000 Franken und anderes ausländisches Geld enthielt, entrissen. Der eine der Täter hielt ihr Mund und Augen zu, während der andere einen Feuerwerkskörper zur Entzündung brachte.

tu. **Kaiserslautern**, 18. Nov. Tödlich verunglückt ist der Wagenabhänger August Bekker im neuen Rangierbahnhof. Anscheinend erhielt er von einem rasch anrollenden Güterwagen einen so heftigen Stoß, daß er eine tödliche Verletzung davontrug.

dz. **Pirmasens**, 19. Nov. Vor einigen Tagen wurde der Fabrikant Bernhard Greiner von hier auf einer Geschäftstour auf der Straße zwischen Moschelmühle und Biebermühle von zwei Männern überfallen. Während sich Greiner zur Wehr setzte, schlug einer der Angreifer diesem mit einem Schlagring auf den Mund, so daß sich die Unterlippe spaltete und ein Zahn voneinanderbrach. Als sich ein Lastauto näherte, ließen die beiden Wegelagerer von ihrem Opfer ab und ergriffen die Flucht.

dz. **St. Ingbert**, 19. Nov. In einem unbewachten Augenblick fiel das 4 Jahre alte Söhnchen des Ackerers Johann Stolz in Heckendalheim in ein Geschirr mit kochendem Wasser und zog sich dabei so schwere Brandwunden zu, daß es unter gräßlichen Schmerzen starb.

Aus Nachbarländern

dz. **Schramberg**, 18. Nov. Hier stürzte am Sonntag der 17jährige Sohn Ludwig des Fleischermeisters Marx vom Rappenfelsen ab. Seine Kameraden fanden ihn mit schweren Kopfverletzungen und in bewußtlosem Zustande auf. Er wurde ins Krankenhaus geschafft und hat das Bewußtsein bisher noch nicht wieder erlangt.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Mittwoch, den 19. November 1924.

In Mittel- und Süddeutschland hält das Frostwetter an. Besonders in Sachsen herrscht scharfer Frost von 6 Grad, in München von 8 Grad unter Null. Frostfrei ist das nördliche Norddeutschland. In der Rheinebene lagen die gestrigen Tagestemperaturen 6—7 Grad unter dem langjährigen Normalmittel. Außergewöhnliche Kälte herrscht auch jenseits der Alpen in der Poebene (Padua 5 Grad unter Null). Das Tiefdruckgebiet über dem Nordmeere hat sich weiter südwärts ausgedehnt und verschiedene Staffeln warmer Luft von Westen herangeführt, die an der kalten Bodenluft in die Höhe gleiten und Bewölkung, im Norden und Westen Europas auch Niederschläge gebracht haben. Auch in Baden wird sich durch den Zufluß milderer westlicher Luftströme eine Abnahme des Frostes bemerkbar machen.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 20. November 1924: Etwas milder, Frost besonders in der Rheinebene nachlassend, meist bedeckt, ohne nennenswerte Niederschläge, westliche Winde.

Rheinwasserstände morgens 6 Uhr:

	19 November	18 November
Schusterinsel	0.96 m	1.02 m
Kehl	2.20 m	2.38 m
Maxau	3.12 m	3.07 m
"	— m	mittags 12 Uhr 3.09 m
"	— m	abends 6 Uhr 3.07 m
Mannheim	2.07 m	2.06 m

SATYRIN gegen Nervenschwäche, Erschöpfungs-Zustände, sex. Neurasthenie und vorzeit. Alterserscheinungen ein anregendes u. kräftigendes Hormon-Yohimbin-Präparat. Fachärztlich begutachtet und empfohlen. In jeder Apotheke erhältlich. Sicher Hirsch-, Hof-, Internationale-, Kronen-, Sonnen- u. Stadt-Apotheke.